

81

Jan./Feb. '00
15. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

AntifaZ

**Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus**
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

antifaschistisches
Bildungszentrum
berlin e.v. (apabiz)

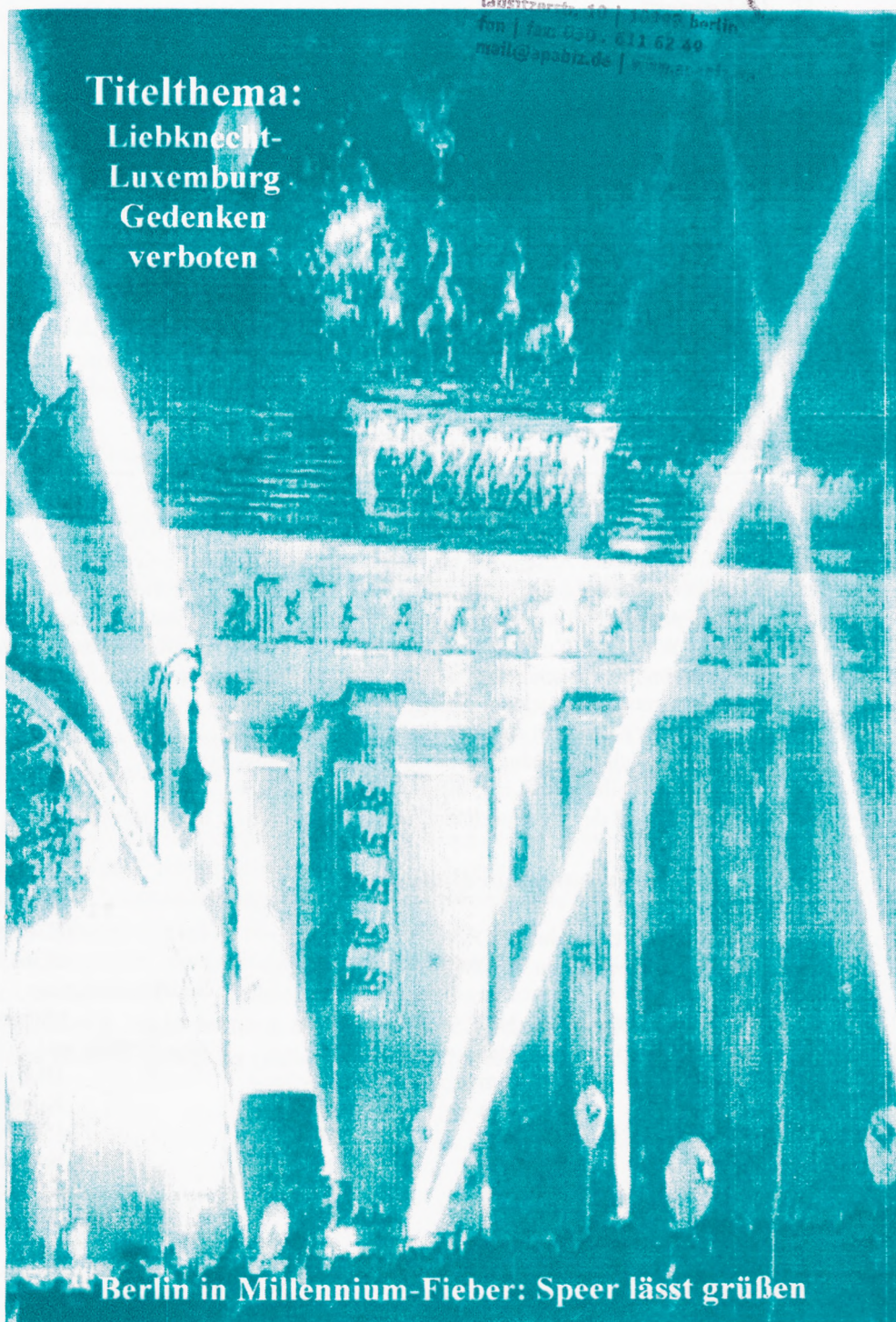
lausitzerstr. 30 | 10179 Berlin
fon | fax 030 611 62 40
mailto:apabiz.de | www.apabiz.de

Weitere Themen:

- Die Türkei
auf dem Weg zur Demokratie ?
- Deutschland zu Beginn
des neuen Jahrhunderts
- AFB-Jahreshauptversammlung
- Zwangsarbeiter:
Immer noch nicht
entschädigt
- Frauenhandel ist
Frauenverachtung
- Gefolterte Journalisten
in Gambia
- Sexualisierte Gewalt
an türkischen Mädchen
- Veranstaltungen im
Bert-Brecht-Zentrum

Titelthema:

Liebknecht-
Luxemburg
Gedenken
verboten



Berlin in Millennium-Fieber: Speer lässt grüßen

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Bericht	
Liebknecht-Luxemburg Gedenken verboten	4
AFB-Jahreshauptversammlung	14
Gefoltzte Journalisten in Gambia	36
Analyse	
Türkei auf dem Weg in die Demokratie?	9
Deutschland zu Beginn des neuen Jahrhunderts	16
Zwangsarbeiterentschädigung vor dem Scheitern	28
Dokument	
Frauenhandel ist Frauenverachtung	32
Ankündigung	
Bert-Brecht-Zentrum Recklinghausen	39
Bundesweite Demonstration für Mumia Abu Jamal	40
Recklinghäuser Flüchtlingstagung	44
Buchbesprechung	
Sexualisierte Gewalt an türkischen Mädchen	38
Kurznachrichten	
News aus dem Ruhrgebiet	42
Material	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:
Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923

Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung:
Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Konto-Nr.: 334 010 27
(Stichwort „AntifaZ“)
Sparkasse Bochum
Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 82: 28.02.2000

EDITORIAL

Zwei Ereignisse zu Beginn des neuen Jahres machen deutlich, dass die „Berliner Republik“ doch etwas mehr ist als die „normale“ Fortsetzung der „alten“ Bundesrepublik Deutschland.

Zum einen die Präsentation des „**Millenium“-Spektakels in der „Hauptstadt“**, zum anderen das **Verbot der Luxemburg/Liebknecht-Demonstration** am 10. Januar.

Angestrahlt von den Licht-„Ereignissen“ in der Tradition faschistischer Reichsparteitags-Ästhetik, die von den „Machern“ bewusst und kalkuliert als weiterer „Tabu“-Bruch in einer Kette „Ereignisse“ durchgesetzt wurden, fand im schützenden Trubel der Silvester-Feiern in vielen Orten faschistischer Terror gegen AusländerInnen, Obdachlose und Andersdenkende statt.

Mit der Verbotsbegründung, dass die TeilnehmerInnen der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration von einem Menschen, der „wohl von der PDS enttäuscht war“ bedroht wären, knüpft die Berliner Polizeiführung an Maßnahmen an, wie sie zuletzt in der Weimarer Republik praktiziert wurden: Nicht die vom Faschismus Bedrohten werden geschützt, sondern deren Tätigkeit wird verboten - und damit der (wohl durchaus verständlichen?) faschistischen Gewalt der Boden entzogen.

In dem zynischen Verweis auf die Tatsache, dass der mit Gewalt gegen die Demonstration Drohende ja im Grunde von den Veranstaltern dazu gebracht wurde, steckt ein klarer Hinweis auf das 'historische Gefühl' der Berliner Polizeiführung: Auch die Morde an Luxemburg und Liebkecht waren ja im Grunde von ihnen selbst 'verschuldet' und von den 'Massen' gewollt („Liebknecht auf der Flucht erschossen, Luxemburg von den Volksmassen erschlagen“).

Über das, was am **10. Januar in Berlin** stattfand, soweit wir es in der Kürze der Zeit analysieren konnten, berichtet der **Leitartikel** der vorliegenden Ausgabe.

Ein wenig stellt sich diese erste AntifaZ im neuen Jahr auch in das verbreitete Rückblick-Ausblick-Spektakel, schon deshalb, weil auch der AFB eine „Jahreshauptversammlung“ durchgeführt hat, über deren Ergebnisse wir berichten und aus der heraus auch der Artikel über faschistische Perspektiven der kommenden Jahre entstand, in dem sich Stephan W. Born besonders mit den Vorstellungen **Horst Mahlers** beschäftigt.

Bülent Ulurak, Vorsitzender des Internationalen Freundschaftsvereins, untersucht in seinem Beitrag, was von der Behauptung zu halten ist, die **Türkei** sei auf dem **Weg zur Demokratie**. Er beleuchtet auch, weshalb gerade Deutschland sich stark macht, die Türkei möglichst bald als Vollmitglied in die EU aufzunehmen.

Ein besonders zu erwähnender Beitrag ist die ausführliche Untersuchung über „**Erstickungstode“ in Abschiebehaft**, die **Claus März** anlässlich des **fünften Todestags** der Knebelungstodes von **Kola Bankole** verfasst hat (abgedruckt in den GELBEN SEITEN).

Das **BERT-BRECHT-ZENTRUM** in Recklinghausen 'mausert' sich langsam zu einer Stätte antifaschistisch-demokratischer Kultur: Am 14. Januar gastierte die Dattelner Liedergruppe „**ABSAITS**“ mit **Bergarbeiter-Liedern** („Mein Vater war (ist) Bergmann“), am 4. Februar wirds 'literarisch' mit **MARKUS VEITH** aus Dortmund und am 8. März gibts ebenfalls „Kultur“ zum **Internationalen Frauentag**.

In diesem Kontext steht auch der Artikel „*Frauenhandel ist Frauenverachtung*“, mit dem **TERRES DES FEMMES** ihre „**Männerkampagne**“ und weitere politische Ziele vorstellt.

Inwieweit sich auch antifaschistische Zusammenhänge an der „Männerkampagne“ beteiligen, ist zur Zeit noch nicht zu übersehen, es scheint dies eine wichtige Initiative zu sein, allerdings ist uns zur Zeit noch unklar, wie eine aktive praktische Unterstützung aussehen könnte.

Besser stehts da schon mit der Unterstützung der landesweiten Flüchtlings-Arbeit in NRW: Der AFB wird sich in Zukunft aktiv am Netzwerk „**kein mensch ist illegal**“ beteiligen. Wir rufen auf zur Unterstützung der **Recklinghäuser Flüchtlingstagung** (siehe auch letzte Seite) am 29. JANUAR 2000.

Mit antifaschistischen Grüßen

Für die Redaktion

WT

Liebknecht-Luxemburg-Gedenkveranstaltungen am 9. Januar 2000 verboten **EIN HOCHWILLKOMMENER ANLASS**

Am Samstag, den 8. Januar 2000, verbot die Berliner Polizei unter Polizeipräsident Hagen Saberschinsky sämtliche Veranstaltungen und Demonstrationen zum Gedenken an die am 15. Januar 1919 im Auftrag des damaligen Reichsinnenministers Gustav Noske (SPD) ermordeten führenden Gründungsmitglieder der KPD, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht. Die Polizei sperrte das Gelände um den Friedhof, auf dem diese und zahlreiche andere führende Personen der Arbeiterbewegung und der DDR ihre letzte Ruhestätte gefunden haben, weiträumig ab. Die aus Lothar Bisky, Gregor Gysi und Petra Pau zusammengesetzte und am polizeilichen „Krisenstab“ beteiligte Führungs-Troika der PDS, die sich als Nachlaßverwalterin der jährlichen Liebknecht-Luxemburg-Lenin-Gedenkveranstaltungen aus DDR-Zeiten etabliert hat, unterstützte den Verbotsbeschuß, indem sie am 9.1. an allen Zugängen zu dem verbotenen Gelände Ordner aufstellte, die Flugblätter verteilten, auf denen sie die Ankömmlinge aufforderte, nach Hause zu fahren und zu der für den 15. Januar vorgesehenen Ersatzveranstaltung zu kommen. Stattgefunden hatten bereits am 7.1. ein Kongreß autonomer Antifa-Gruppen und am 8.1. eine Veranstaltung der MLPD - jeweils in geschlossenen Räumen, beide laut Aussagen von Beteiligten relativ stark besucht und kämpferisch.

Der Text des Flugblatts der PDS lautete:

Luxemburg-Liebknecht-Ehrung auf den 15. Januar verlegt

Liebe Bürgerinnen und Bürger,
liebe Genossinnen und Genossen,
alljährlich nehmen bis zu 100.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Berlin, aus der gesamten Bundesrepublik, ja selbst aus dem Ausland an der traditionellen Luxemburg-Liebknecht-Ehrung in Berlin-Friedrichsfelde teil.

Auch für dieses Jahr hat die Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) wieder den organisatorischen Rahmen für die traditionelle Manifestation für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, gegen Krieg, Faschismus und Rassismus geschaffen.

Leider sahen wir uns - kurzfristig - veranlaßt, den Zeitpunkt der Ehrung vom 9. Januar auf den 15. Januar 2000 zu verlegen.

Die für den 9. Januar geplante Veranstaltung in der „Gedenkstätte der Sozialisten“ wurde durch den Polizeipräsidenten in Berlin verboten.

Hintergrund ist die Drohung eines polizeilich

gesuchten Berliners, im Rahmen dieser Ehrung ein gegen die PDS gerichtetes „Blutbad“ anzurichten.

Wir können diese Drohung nicht leichtfertig ignorieren und Menschenleben aufs Spiel setzen. Deshalb haben wir gegen die Verbotsverfügung auch keinen Widerspruch eingelegt.

Es bleibt die Aufgabe des Innensenators und der Polizei, das Demonstrationsrecht zu schützen und zu gewährleisten. Es darf keinen Präzedenzfall der Erpressbarkeit geben, nicht für die PDS, aber auch nicht für den Berliner Senat. Es geht um politische Grundrechte.

Wir appellieren an alle, die Karl und Rosa am 9. Januar 2000 ehren wollten, darauf am Sonntag in Berlin-Friedrichsfelde zu verzichten und statt dessen zahlreich am kommenden Sonnabend zwischen 9 und 13 Uhr zu kommen.

Die PDS hofft auf Ihr Verständnis.

Bericht von einem Mitglied der AntifaZ-Redaktion über seine Fahrt nach Berlin

Schon auf der Fahrt nach Berlin am Samstagmittag hätten wir die Zeichen der Zeit erahnen können, wenn wir darauf geachtet hätten: Ich fuhr mit drei weiteren Genossinnen und Genossen von Dortmund aus im Pkw und kam auf der inzwischen gut ausgebauten A2 sehr zügig voran. Auf dem Weg nach Berlin gab es so gut wie keine Busse, die wir überholt oder an der Raststätte, an der wir eine Pause einlegten, gesehen hätten. Das hätte uns schon stutzig machen müssen. Das bedeutet, daß für die PDS der Beschluß, die Großveranstaltung am 9.1. platzen zu lassen, schon vor dem 8.1. festgestanden haben muß.

Wir standen während der Fahrt mit anderen Pkw in Handyverbindung. Kurz vor unserer Ankunft in Kreuzberg (gegen 21 Uhr) erfuhren wir durch den Anruf aus einem dieser Pkw, in den Berliner Rundfunk-Nachrichten sei das Verbot sämtlicher Veranstaltungen anlässlich des Gedenkens an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mitgeteilt worden. Der Verbotsbeschluß der Polizei werde von der PDS unterstützt. Ein seit September von der Polizei fieberhaft gesuchter Brandstifter habe damit gedroht, mit einer Maschinenpistole und Handgranaten unter den Demonstrierenden ein Blutbad anzurichten. Der Mann gelte als unberechenbar, und seine Drohung sei sehr ernstzunehmen. Wir trafen in

Berlin mit weiteren Genossinnen und Genossen verschiedener Organisationen zusammen, die das bestätigten. Wir beschlossen, am nächsten Morgen früh die Lage vor Ort zu peilen und den Umständen entsprechend zu handeln, wobei wir uns in kleine Gruppen aufteilen und untereinander in Handykontakt bleiben wollten. Die KPD verteilte ein Flugblatt mit der Forderung:

**Wir wollen demonstrieren!
Weg mit der
Polizeischikane!**

Darin hieß es weiter: Der Polizeipräsident Saberschinsky hat die Demonstration zum Jahrestag der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 9.1.2000 am Tag vorher verboten. Ebenso die ersatzweise angemeldete Demonstration mit anderer Route. Grund: Ein Amokläufer habe gedroht, in die Men-

Demonstration gegeben. Allerdings durch brutale Prügeleinsätze der Polizei. Seit Jahren wird versucht diese unerwünschte Demonstration zu zerschlagen.

Es fällt uns schwer zu glauben, daß es um unseren Schutz geht. Kam diese Drohung vielleicht gerade „zur rechten Zeit“?

Mit einer solchen Begründung könnte jederzeit jede unerwünschte Versammlung unterdrückt werden.

Die PDS hat die Entscheidung der Polizei akzeptiert und den alljährlichen Gedenkmarsch verschoben. Wer garantiert der PDS, daß es nächste Woche keine Drohung gibt?

Hände weg von der Demonstrationsfreiheit!

Der Name Hagen Saberschinsky ist in Berlin einschlägig bekannt. Er hat nach dem Kidnapping an Abdullah Öcalan, als zu erwar-



Massiver Polizei"schutz"

Bild: ap

ge zu schießen, um sich an der PDS zu rächen.

Tatsächlich hat es in den vergangenen Jahren Gefahren für die Teilnehmer der

ten war, daß kurdische Demonstrierende auch zur israelischen Botschaft ziehen würden, diese praktisch ins offene Messer laufen lassen

und ihnen hinterher, nachdem vier von ihnen aus der MP eines israelischen Wachmanns erschossen worden waren, noch vorgeworfen, sie hätten wissen müssen, was sie dort erwartet. (Inzwischen ist hinlänglich belegt, daß der Israeli keineswegs in Notwehr gehandelt hatte, wie es zunächst auch von Bundeskanzler Schröder öffentlich bekundet worden war.)

Erlebnisse während des Demonstrationsgeschehens

Nachdem einige von uns schon in aller Frühe die Lage vor Ort erkundet hatten und feststand, daß man an den Polizeikordons um den Friedhof herum nicht vorbeikäme und auch der für den Demonstrationsbeginn vorgesehene Leninplatz (heute: Platz der Vereinten Nationen) polizeilich abgeriegelt war, fuhren wir möglichst nahe an diesen heran, um uns dort aufzuteilen. Dort stand eine kleine Gruppe von etwa 500 Demonstrierenden, die weiträumig von Polizei eingekesselt war. (Wie ich später erfuhr, handelte es sich um Genossinnen und Genossen, die der MLPD gefolgt waren.) Wir selbst konnten dorthin nicht vordringen. Wir erfuhren, daß als alternativer Auftaktort der Mehringplatz vorgesehen sei, und versuchten, auf diesen zu gelangen. Auch dort stand eine Gruppe von etwa 500 Demonstrierenden in einem weiträumigen Polizeikessel. Während PDS-Ordner, die sich in paar Meter entfernt von den abriegelnden Polizisten als Ansprechpartner anboten, uns

erklärten, es gebe zu den Demonstrierenden keinen Durchgang, gelang es uns über Hinterhöfe dennoch, zu ihnen zu stoßen. Immer wieder wurde vom Polizeilautsprecherwagen aus erklärt, die Demonstration sei zum Schutz der Demonstrierenden verboten worden, diese wurden aufgefordert, den Platz zu verlassen, da für ihre Sicherheit nicht garantiert werden könne. Dann demonstrierte die Polizei durch schnelles Fahren ihrer Mannschaftswagen und plötzliches Kettenbilden, daß sie den Kessel enger ziehen konnte. Wiederum über Hinterhöfe löste sich die Demonstration allmählich auf, wir trafen uns kurz danach in einem Parolen rufenden und von Polizei begleiteten Demonstrationszug zum Leninplatz wieder, wobei die Zahl der Demonstrierenden inzwischen erheblich anwuchs und nach meiner Schätzung schließlich weit über tausend Personen betrug. In dem Demonstrationszug befanden sich auch Gruppen von PDS und DKP mit eigenen Fahnen sowie SAV, VVN, Internationale Jugend (IJ), eine englischsprachige Gruppe „Turn Prague into Seattle“ mit eigenen Transparenten und Flugblättern, die aber - von dem IJ-Transparent abgesehen - nicht mit Forderungen auf das Demonstrationsverbot reagiert hatten. Auch von der türkischen Gruppe TKIP, vom Deutschen Freidenkerverband, vom trotzkistischen RSB, der Gruppe „Gegen die Strömung“, vom Sozialistischen Jugendgruppennetzwerk Roter Stachel aus München, vom Aktionsbündnis für Mumia Abu-Jamal, vom

Anti-Atom-Plenum Berlin und von den Offenen Kommunistischen Foren (OKF) bekam ich ein Flugblatt. Einige Frauen aus dem Gebiet des zerfallenen Jugoslawien trugen Fahnen der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien mit sich. In dem Zug befanden sich auch knapp 50 Leute aus Dänemark, darunter Angehörige der DKP/ML, mit denen einer von uns ein Gespräch führte. Sie waren mit einem Bus aus Aarhus angereist. Auch englische Kommunisten trafen wir.

Auf dem Leninplatz bestand weiterhin ein weiträumiger Polizeikessel. Auch hier gab es die Lautsprecherdurchsagen und demonstrative Manöver der Polizei. Zugleich aber war ein Lautsprecherwagen vorhanden, von dem aus im Namen der Demonstration geredet wurde. Etwa um 12 Uhr herum erklärte der Sprecher von dort aus die Demonstration für beendet. Von diesem Zeitpunkt an sprach die Polizei nur noch die *„ehemaligen Demonstrationsteilnehmer und weitere Personen, die sich auf dem Platz aufhalten“*, an. Ihnen wurde zunächst gesagt, sie sollten in Richtung Alexanderplatz gehen, da alle anderen Wege versperrt seien. Daraufhin formierte sich eine Gruppe hinter einem Transparent der Antifaschistischen Aktion Berlin in Richtung Friedrichsfelde. Sofort griff die Polizei an, es kam zu einem Gerangel um das Plakat, das dabei zerrissen wurde, mehrere Personen wurden vorübergehend festgenommen. Das Gleiche wiederholte sich kurz darauf, als die VVN hinter ihrem

Transparent „Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!“ den Versuch wiederholte. Hier jedoch wurden die eingreifenden Beamten nach kurzer Auseinandersetzung mit den z.T. hochbetagten Leuten zurückbeordert. Eine Zeitlang geschah daraufhin gar nichts.

Im Zentrum des Platzes sah ich unter anderem zwei Personen in dänischen Polizeiuniformen stehen, näherte mich diesen und fragte einen von ihnen, was denn die dänische Polizei hier täte. Er erklärte in exzellentem Deutsch, sie seien im Rahmen eines Austauschprogramms hier, um voneinander zu lernen. Auf meine Frage, was er denn bisher gelernt habe, sagte er ausgesprochen höflich, die Auswertung stehe noch bevor.

Es gab noch einige Katz- und-Maus-Manöver zwischen Gruppen von Demonstrierenden und der Polizei, ohne daß es zu stärkeren Handgemengen, wie sie in den Vorjahren stattgefunden hatten, gekommen wäre. Schließlich gab die Polizei bekannt, die „ehemaligen Demonstrationsteilnehmer“ könnten sich einzeln oder in kleinen Gruppen in beliebiger Richtung entfernen. Gegen 13 Uhr war der Platz leer. Nach einer Nachbesprechung in den Räumen von DIDF befanden wir uns bereits gegen 15 Uhr auf dem Heimweg. Wesentliche Ergebnisse unserer Einschätzung waren:

- Das Verbot der Veranstaltung ist eine Provokation. Eine solche Verbotsbegründung für eine politische Demonstration hat es in der BRD bisher noch nicht gege-



Polizisten „ehren“ Rosa und Karl

Foto: REUTERS

ben. Es steht in einer Reihe mit Äußerungen führender Politiker, künftig politisch-oppositionelle Demonstrationen aus dem Innenstadtbereich zu verbannen, und soll wohl zur Folge haben, daß künftig die Teilnehmerzahl an den LLL-Veranstaltungen geringer bleiben wird, da viele Leute aus Angst zu Hause bleiben werden.

- Der Grund des Verbots kam den staatstragenden Kräften sehr gelegen, unabhängig davon, wie ernst die Drohung des polizeilich bekannten Brandstifters zu nehmen war.

- Es war richtig, auch mit geringer Zahl das Demonstrationsrecht zu verteidigen. Und dass dies gelungen ist, ist ein kleiner Sieg.

- Das polizeiliche Vorgehen war diesmal zwar weniger hart als früher, weil die Polizei ja vorgab, die Demonstrierenden schützen zu müssen, aber man wird künftig mit noch härteren Auseinandersetzungen rechnen müssen.

In Erfahrung gebracht hatten

wir, daß mehr als 200 Personen (die *Berliner Zeitung* vom 10.01.2000 nennt die Zahl 219) während der Demonstrationen vorübergehend festgenommen worden waren. Wenn man von der in den bürgerlichen Medien nahezu übereinstimmend verbreiteten Zahl von 2.000 Demonstrierenden ausgeht, wäre das mehr als jeder Zehnte gewesen, was mir nach eigenen Beobachtungen als sehr hochgegriffen erscheint.

Im Antifa-Plenum Dortmund-Hörde erklärten Genossen, die Polizei habe sich wohl auch deshalb mit Brutalitäten weitgehend zurückgehalten, weil zwischen den Straßengleisen am Leninplatz zahlreiche Schottersteine herumliegen und eine Eskalation für sie dort hätte böse Folgen haben können.

Presseecho im Nachhinein
Örtliche Zeitungen in der BRD bedachten das, was sich am Wochenende in Berlin abgespielt hatte, häufig nur mit wenigen Zeilen.

Meist war von 2.000 Demonstranten die Rede, die das Verbot durchbrochen haben, ohne dass es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei kam. Anders die Berliner Presse vom Montag.

Die *Berliner Zeitung*, überschreibt ihren halbseitigen Bericht „5.000 Menschen marschierten trotz Demo-Verbots durch die Stadt“. Zum Demonstrationsgeschehen heißt es darin: „Rund 1.000 Polizeibeamte haben am Sonntag eine spontane Demonstration aufgelöst. 5.000 Menschen zogen zum Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht vom Frankfurter Tor zum Platz der Vereinten Nationen.“

Andere Zeitungen stellten den politischen Hintergrund mehr in den Vordergrund. Der *Tagesspiegel* zitierte einen Demonstranten Achim Becker, der seit 41 Jahren regelmäßig an der Demonstration teilgenommen hat: „Ich bin ein ordnungsliebender Staatsbürger, aber ich stelle mir da meine Fragen. Das ist das erstemal seit 1919 - abgesehen von der Nazizeit -, daß die Veranstaltung verboten worden ist.“ Und das, nachdem in den letzten Wochen Politiker immer häufiger die Forderung nach weniger Kundgebungen in Berlin aufgestellt haben. Das sei doch auffällig. Der *Tagesspiegel* berichtet weiter: „Überall auf dem Weg vom U-Bahnhof zum Friedhof ist die Polizei präsent. Von den Dächern herab beobachtet sie das Geschehen, in Zivil mischt sie sich unter die Demonstranten, die sich dem Friedhof bis auf

zwei Block nähern dürfen.“

Mit einem Bericht „Neues in der Scientology-Affäre“ wird in der *Berliner Morgenpost* indirekt der Berliner Polizeipräsident wegen seiner falschen Verdächtigungen von Polizeibeamten und der Verwendung ehemaliger Stasi-Mitarbeiter dabei ins Zwielicht gerückt. Zur verbotenen Veranstaltung stellt ihr Kommentator unter der Überschrift „Einmalig“ fest, der Polizei müsse „daran gelegen sein, in Abstimmung mit dem Staatsschutz eine Einsatztaktik zu entwickeln, die Bürgerrechte garantiert und Menschenleben schützt. Ansonsten könnte der Ausnahmezustand in Berlin bald die Regel sein.“

Die TAZ Berlin beschäftigt sich etwas eingehender mit der Person desjenigen, der mit dem Attentat gedroht hat. Unter der Überschrift „Meist bin ich ein durchaus netter Mensch“ wird sein jahrelanger Kleinkrieg mit den Hauseigentümern dargestellt, der sich seit 1986 mehr und mehr eskaliert hatte. In seiner Not habe sich Staps schließlich, als ihm als dem letzten noch verbliebenen Mieter nach der Privatisierung des Hauses die fristlose Kündigung ins Haus stand, mit einem Brief an die PDS-Baustadträtin Martina Albinus-Kloss gewandt, sie solle die öffentliche Förderung der Sanierung stoppen, ein Brief, der unbeantwortet blieb. Die Verfasserin Dorothea Winden, der Staps eine Dokumentation seines Kleinkrieges vorgelegt hat, kommt zu dem Schluß: „In seiner Dokumentation ärgerte sich Staps darüber, daß der Brand von den Medien

‘absolut totgeschwiegen’ worden sei. Er deutete dies als ‘Orwellsches Schweigen’. Mit seiner Drohung gegen die Rosa-Luxemburg-Veranstaltung hat er nun ein öffentlichkeitswirksames Forum gefunden.“

Meiner Meinung nach sprechen die Tatsachen, daß die Polizei in aller Regel ohne kugelsichere Kleidung herumliert und nicht einmal Fahndungsfotos ausgehängt oder an die Polizisten verteilt worden waren, nicht gerade dafür, daß die Polizei den Anfang der Woche an die Berliner Zeitung *Tagesspiegel* abgesandten und in der BZ am Sonntag vom 9.1.2000 auszugsweise veröffentlichten Drohbrief des untergetauchten und von der BZ mit angeblichen Äußerungen darüber, daß die PDS in die Fußstapfen des „Bluthunds Noske“ eingetreten sei, auf raffinierte Weise als linksradikal drapierten 39jährigen Olaf Jürgen Staps aus Thüringen, der im September 1999 seine seit 14 Jahren bewohnte Wohnung in der Grünberger Straße 52 im Stadtteil Friedrichshain angezündet haben soll (der *Tagesspiegel* vom 10.01. spricht ausdrücklich nur von einem Verdacht), nachdem er seine drastisch erhöhte Miete nicht mehr bezahlen konnte und eine Zwangsräumung gegen ihn als Mieter anberaumt worden war, wirklich ernstgenommen hat. Ist er vielleicht nur eine Kunstfigur, die in den Gehirnen des Verfassungsschutzes modelliert worden ist?

KD

DIE TÜRKEI AUF DEM WEG IN DIE DEMOKRATIE ?

Die EU konkretisiert ihre Türkei-Politik

Am 10. und 11. Dezember tagte der EUROPÄISCHE RAT in Helsinki und fasste eine Reihe von Beschlüssen, die die künftige Strategie europäischer Interessen klarer als bisher erkennbar werden lassen.

Die Erweiterung der EU in Richtung Ost-Europa ist seit langem erklärtes Ziel, und so werden die bevorstehenden „Beitritte“ von Zypern, Ungarn, Polen, Estland, der tschechischen Republik und Slowenien niemanden wundern.

Auch die Vorbereitung „bilateraler Regierungskonferenzen“ mit Rumänien, der Slowakei, Lettland, Litauen, Bulgarien und Malta zwecks Beschleunigung des Beitrittsprozesses sind Teil der seit langem betriebenen Ost-Erweiterung der EU.

Neu und für viele überraschend ist die Tatsache, dass der Türkischen Republik auf dieser Konferenz der sog. Kandidatenstatus erteilt wurde. Insbesondere die Bundesrepublik Deutschland hat sich in den vergangenen Monaten dafür stark gemacht, dass der Türkei angebliche Fortschritte auf dem Weg der „Demokratisierung“ attestiert wurden. Es lohnt sich, ein wenig genauer hinzuschauen, worin diese „Fortschritte“ bestehen bzw. was die EU und die Bundesrepublik eigentlich meinen, wenn sie von Fortschritten in Sachen „Demokratie“ sprechen.

Was hat sich in der Türkei getan ?

In der Abschlusserklärung des Vorsitzes des EUROPÄISCHEN RATES heißt es wörtlich:

„Der Europäische Rat begrüßt die jüngsten positiven Entwicklungen in der Türkei, die die Kommission in ihrem Sachstandsbericht festgehalten hat, sowie die Absicht der Türkei, die Reformen zur Erfüllung der Kopenhagener Kriterien fortzusetzen. Die Türkei ist ein beitrittswilliges Land, das auf der Grundlage derselben Kriterien, die auch für die übrigen beitrittswilligen Länder gelten, Mitglied der Union werden soll. Auf der Grundlage der derzeitigen europäischen Strategie soll der Türkei wie den anderen beitrittswilligen Ländern eine Heranführungsstrategie zugute kommen, die zu Reformen anregen und diese unterstützen soll.

Hierzu gehört ein verstärkter politischer Dialog, dessen Schwerpunkt auf den Fortschritten liegen wird, die bei der Einhaltung der politischen Beitrittskriterien zu erzielen sind, und zwar insbesondere hinsichtlich der Frage der Menschenrechte (...).“

Der Begriff „positive Entwicklungen in der Türkei“ ist in den vergangenen Wochen vor allem von der Bundesrepublik Deutschland, insbesondere von Innenminister Herrn Otto Schily, lanciert worden.

Schon bei seinem zweitägigen Türkei-Besuch am 8. und 9. November hatte Schily in Gesprächen mit dem türkischen Innenminister, Herrn Sadettin Tantan, begrüßt, dass „unter der neuen türkischen Regierung bereits eine Reihe von Gesetzen auf den Weg gebracht worden seien, die sich rechtsstaatlichen europäischen Standarts annä-

herten. Dazu gehöre beispielsweise die Verschärfung der Strafandrohung bei Folter. Entscheidend sei aber, dass die polizeiliche Praxis sich auch der neuen Gesetzeslage anpasse und ihr entspreche.“ (Pressereferat des Bundesinnenministeriums, 9.11.99, Hürriyet, Milliyet, 10.11.99).

Die behaupteten Fortschritte in Richtung „rechtsstaatlichen europäischen Standarts“ betreffen neben dem Gesetz zur angeblich schärfer zu bestrafenden Folter - warum fordert Herr Schily nicht zumindest ein Gesetz, das jegliche Art von Folter vollkommen verbietet, als „rechtsstaatlichen Standart“ ? - vor allem das sogenannte Amnestygesetz.

In beiden Fällen lohnt es sich, etwas genauer hinzuschauen und nicht den Propagandalügen der Herren Schily und Tantan

auf den Leim zu gehen.

Das im übrigen erst am 19.11.99 in der Türkei verabschiedete Gesetz „zum Vorgehen bei Untersuchungen und Gerichtsverfahren gegen Staatsbedienstete in Fällen von Folter“ sollte das Gesetz „über die Vorgehensweise in Prozessen gegen Staatsbedienstete“ erset-

von türkischen Polizisten und anderen Staatsbediensteten im Fall von Folterungen im wesentlichen unangetastet.

Es wird weiter systematisch gefoltert

Dass weiter gefoltert wird, belegen eine ganze Reihe Vorfälle der vergangenen Wochen. Hier nur einige wenige Beispiele:



„Leopard“-Panzer auf einer Parade in Ankara

zen, das noch aus dem Osmanischen Reich stammte. Der „Fortschritt“ des neuen Gesetzes besteht darin, dass Staatsanwälte sofort nach Erhalt von Beschwerden über Folter durch Staatsbedienstete die entsprechenden Beweise sammeln dürfen, ohne auf eine Genehmigung des Dienstvorgesetzten des betroffenen Staatsbediensteten warten zu müssen.

Trotzdem enthält das Gesetz den Nachsatz, der die obige Regel außer Kraft setzt, dass nämlich die Befugnis, eine solche Genehmigung auszustellen oder sie zu verweigern, nach wie vor dem Vorgesetzten des betreffenden Staatsbediensteten vorbehalten bleibt. Außerdem ist das neue Gesetz nicht anwendbar auf Mitglieder des Höchsten Bildungsrates (YÖK), Richter und Staatsanwälte sowie Soldaten.

Somit bleibt die Straffreiheit

Zwei Mädchen wurden in Polizeigewahrsam gefoltert und vergewaltigt, dann zu zwölf Jahren Haft verurteilt.

Mehrere türkische Zeitungen berichteten von zwei kurdischen Mädchen, die am 6. März 99 in Iskenderun festgenommen und eine Woche lang in Polizeigewahrsam gefoltert und vergewaltigt worden waren. Ihnen wurde „Separatismus“ und „Teilnahme an einem Brandanschlag“ vorgeworfen. Der Brandanschlag soll ein „Fanal“ ihrer Unterstützung für die kurdische Arbeiterpartei PKK gewesen sein.

Im Prozess, der am 4. November endete, wurden die beiden Mädchen, *N.C. Samanoglu* und *Fatma Deniz Polattas* vom Staatssicherheitsgericht (SSG) in Ankara zu Haftstrafen von 12 bzw. zwölfteinhalb Jahren verurteilt.

N.C. Samanoglu, die zum Zeit-

punkt der Festnahme 15 Jahre alt war, ist die Tochter von *Temim Samanoglu*, eines Kreisverbandsvorsitzenden der Lehrgewerkschaft Egitim Sen. Sie wurde bei einer Razzia in der elterlichen Wohnung festgenommen und für sieben Tage inhaftiert. Ihre Eltern teilten mit, dass sie während dieser Zeit sexuell belästigt und gefoltert worden sei. *Fatma Deniz Polattas* (19) war nicht zu Haus, als die Polizei kam, um sie zu holen. Polizisten befahlen ihrem Vater, *Hüseyin Polattas*, sie zur Zeugenaussage zum Sicherheitsdirektorat zu bringen. Sie behaupteten, dem Mädchen werde nichts geschehen und sie werde schon bald wieder in Freiheit sein. Ihr Vater brachte sie dann auch zum Sicherheitsdirektorat, wo sie fünf Tage verhört wurde. Dabei wurden ihr nach eigenen Angaben die Augen verbunden, dann sei sie geschlagen, getreten und vergewaltigt worden. Die Polizisten hätten gedroht, sie zu töten und die Pensionierung ihres Vaters zu verhindern, wenn sie nicht die Taten, derer sie beschuldigt werde, zugebe. Durch die Schläge verlor sie mehrere Zähne.

Die beiden Mädchen wurden mehrmals von Ärzten untersucht, die mit der Polizei eng zusammenarbeiten und sich weigerten Folterspuren zu bestätigen. Mehrere weitere Ärzte, so Dr. Bahar Isik Köse im Krankenhaus Iskenderun, Dr. Ahmet Alban vom Gesundheitszentrum Nr. 1 und Dr. Tayfun Saygili vom Entbindungszentrum Iskenderun kamen zu gleichen Gutachten.

Erst als sich die Familien der beiden Mädchen an die Türkische Ärztekammer (TTB) wandte und diese sich ent-

schied, die Mädchen im Gefängnis zu untersuchen, wurde die Folter bestätigt: Vertreter der TTB erklärten die vorher ergangenen ärztlichen Atteste sämtlich für wissenschaftlich unhaltbar und ungültig und leiteten eine sofortige Untersuchung gegen die betreffenden Ärzte ein.

Der Mitangeklagte Nurettin Yagmur, Vorstandsmitglied der demokratischen Volkspartei (HADEP) in der Provinz Hatay, erklärte in seiner Aussage, ebenfalls gefoltert worden zu sein, er habe sogar mitangesehen, wie die anderen Festgenommenen gefoltert worden seien und habe ihre Schreie gehört.

Trotz all dieser Aussagen beteuerten der Gouverneur der Provinz Hatay und Innenminister Sadettin Tantan immer wieder, dass die Inhaftierten nicht gefoltert worden seien. (Özgür Bakis, 2.11.99; Milliyet, 6.11.99; Radikal, 9.11.99)

Trotz Kenntnis dieser Vorgänge bescheinigt Herr Schily dem türkischen Innenminister, der nichts anderes im Sinn hat, als die nach wie vor bestehende systematische Folter in der Türkei zu leugnen, Fortschritte gerade auf diesem Gebiet. „Fortschritte“ in der Dreistigkeit der Lügen?

Immerhin kommt das **Anti-Folter-Komitee des Europarates** auf seinem zehnten Jahrestag am 19. November am Rande eines Kongresses über Folterbekämpfung in Straßburg zu einem eindeutigen Urteil. Sprecher des Komitees erklärten auf der Konferenz, dass ernsthafte Fälle von Folter in sieben der 41 Mitgliedsstaaten festgestellt worden seien, besonders in der Türkei seien „Folter und schwerste Miss-

handlung in Polizeihaft an der Tagesordnung.“

Auch der Vorsitzende des türkischen Menschenrechtsvereins (IHD), Hüsnü Öndül, erklärte, „die Behörden seien nicht ehrlich, wenn sie behaupten, dass Folter nicht systematisch betrieben werde und dass nur sporadisch Fälle von Folter durch Sicherheitspersonal auftreten, die als isolierte Einzelfälle zu betrachten seien. Seit der Versendung der Anordnung des Premierministers gegen die Folter an alle regionalen Regierungsdienststellen am 25. Juni sind weitere sechs Menschen in Folge von Folterungen gestorben“. Seit Erlass der Anordnung habe der IHD keinen Rückgang der Zahl von diesbezüglichen Beschwerden festgestellt, weiterhin würden aus allen Landesteilen unvermindert Beschwerden über Folterungen und Misshandlungen eingehen. „In 1997 fanden wir in 39 000 Fällen Anzeichen oder Hinweise auf Folter“, sagte Öndül. „Nur bei 3000 davon hatten wir die Mittel, den Spuren nachzugehen und dabei das Vorhandensein von Folter nachzuweisen.“ (Turkish Daily News, 10.11.99; Neue Zürcher Zeitung, 20.11.99).

Die Diskussion um das „Amnestie-Gesetz“

Zu einer der größten Farcen der angeblichen „Demokratisierung“ entwickelt sich inzwischen die Diskussion um das sogenannte Amnestie-Gesetz.

Die Frau, die die Diskussion um ein Amnestie-Gesetz angestoßen hatte, Rahsan Ecevit, erklärte erst kürzlich im Hinblick auf den vorgelegten Gesetz-Entwurf: „Dies ist nicht die Art von Amnestie, die ich wollte.“ Frau Ecevit, Abgeordnete der

Partei der Demokratischen Linken (DSP) und Ehefrau des Premierministers Bülent Ecevit, hat gegenüber Journalisten erklärt, dass ihr Amnestie-Vorschlag sich ursprünglich nur auf eine „Amnestie für Kinder, die Baklava oder Fahrräder geklaut hatten“ beschränkt habe, später habe sie den Vorschlag ausgeweitet, „gerade in einem Land mit vielen armen Menschen und unzureichender sozialer Gerechtigkeit auch auf Delikte, die aus wirtschaftlichen Gründen oder Unwissenheit begangen worden sind.“

Der schließlich verabschiedete Amnestie-Gesetzentwurf war das Resultat zweiwöchiger Beratungen und Verhandlungen zwischen den im Parlament vertretenen Parteien. Die beiden großen Parteien, die ihn schließlich durchpeitschten - die Mutterlandspartei (ANAP) und die Partei der nationalistischen Bewegung (MHP) - dehnten die Amnestie auch auf den ANAP-Chef Mesut Yilmaz und 65 weitere Abgeordnete aus, unter ihnen einige Kabinettsmitglieder, gegen die aktuell wegen Amtsmissbrauch und Korruption ermittelt wird. Die Tageszeitung „radikal“ bemerkte dazu spöttisch, die Regierung habe „sich selbst begnadigt“. Durch das Amnestie-Gesetz sollen auch Polizisten und Staatsbeamte Begnadigung finden, die wegen Folttervorwurf oder aber wegen des Verdachts des Amtsmissbrauchs vor dem 23. April 1999 angezeigt bzw. verurteilt wurden. Auf Druck der MHP wurden Zusatzbestimmungen in den Gesetzentwurf eingefügt, wonach auch Mitglieder der Mafia und rechtsgerichteter Banden in den Genuss des Straferlasses kommen würden.

Die ganze Verkommenheit dieser Kräfte macht das Auftreten der MHP deutlich. Obwohl der MHP-Chef und stellvertretende Premierminister *Devlet Bahçeli* immer wieder betont hatte, seine Partei sei gegen die Begnadigung der Banden, bestand er nun auf einer Abmachung, nach der des Mordes verdächtige bzw. wegen Mordes rechtskräftig verurteilte „*Ülkücüs*“ auf Rettung hoffen können. Die „*Ülkücüs*“ sind Anhänger einer der MHP nahestehenden Jugendbewegung („Graue Wölfe“), die in unzählige Morde an linksgerichteten und kurdischen Aktivisten verwickelt sind, und von denen die berüchtigten „*Ülkücü-Mörder*“ wegen mehrfachen Mordes zum Tode bzw. lebenslänglicher Haft verurteilt wurden.

Es ist schon grotesk, dass eben diese MHP in zynischer Form fordert, erst müsse Abdullah Öcalan hingerichtet werden, dann könne man über die Abschaffung der Todesstrafe diskutieren - während sie gleichzeitig eine Amnestie für die Mörder aus den eigenen Reihen verabschiedet.

Das dies ganze Possenspiel vom deutschen Innenminister aber noch als Fortschritt in Richtung Demokratie verkauft wird, kann nur als bewusste Lügen-Strategie gewertet werden.

Was treibt Schily und die deutsche Regierung, mit aller Gewalt den EU-Betritt der Türkei zu beschleunigen, auch wenn sich an den dortigen Zuständen de facto nichts geändert hat?

Das strategische Bündnis Berlin-Ankara nimmt erneut Konturen an

Zieht man in Erwägung, dass sowohl Berlin als auch Washington in den vergangenen Monaten alles getan haben, um

der Türkei Fortschritte in Richtung „Demokratie“ zu attestieren, muss man die Tatsache, dass sich in der Türkei bisher so gut wie gar nichts in Richtung Demokratie, wohl aber vieles in Richtung wirtschaftliche Entwicklung getan hat, berücksichtigen.

Für die USA und für Europa ist weitaus wichtiger als „Demokratie“ die Tatsache, dass die Türkei sich ökonomisch so verändert, dass eine Teilnahme am „gemeinsamen Markt“ möglich wird. Und auf diesem Gebiet tut sich so einiges - was allerdings von den Herren Schily und Fischer nicht so lautstark kommentiert wird.

So wurden in den vergangenen Wochen eine Reihe wirtschaftlicher Maßnahmen verabschiedet: Es wurde, von den türkischen Gewerkschaften heftig bekämpft, das Rentenalter drastisch heraufgesetzt (bislang konnte man nach 15 Arbeitsjahren bereits eine Rente beziehen). Die Verfassung wurde dahingehend geändert, dass ausländische Investoren in Zukunft geschützt sind. Die Bankenaufsicht wurde verschärft und es wurde ein rigoroses Anti-Inflationsprogramm verabschiedet. In 1999 lag die Inflationsrate bei 68 Prozent, in diesem Jahr soll sie auf 20 Prozent reduziert werden.

Bereits vor der Erdbebenkatastrophe hatte die neue Regierung unter Bülent Ecevit mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) vereinbart, dass die Türkei ab 2000 innerhalb von drei Jahren insgesamt acht Milliarden DM an Zuschüssen erhält.

Dieser Vertrag macht deutlich, dass die Türkei für die USA und für die EU von enormer ökonomischer Bedeutung ist.

Diese Bedeutung erwächst aus der Tatsache, dass ihre ökonomische Mitarbeit an der geplanten Ausbeutung der kaspischen Erdölquellen durch die USA und Europa unverzichtbar ist.

Und ebenso unverzichtbar ist ihr militärisches Mitwirken im Rahmen der NATO. Schon heute sind sich alle Beteiligten einschließlich der Türkei darüber im Klaren, dass der Kampf um die Ölreserven im Kaukasus über kurz oder lang zu militärischen Auseinandersetzungen mit Russland führen kann. Die russische Drohung, Atomwaffen einzusetzen, wird die NATO nicht davon abhalten, ihre Interessen im Kaukasus Schritt für Schritt voranzutreiben. Der Bau der neuen Pipeline von Baku zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan (hierzu auch der Artikel zum Tschetschenienkrieg in AntifaZ Nr. 81) richtet sich direkt gegen russische Interessen, bedeutet er doch, dass Russland seinen Einfluss im Kaukasus vollkommen einbüßt. Entlang der neuen Trasse sollen Handelsstraßen, Eisenbahnlinien und ein Luftkorridor entstehen, der die kaukasischen Staaten dem Einfluss des NATO-Bündnisses direkt unterstellt.

Was niemand laut sagt, ist die Tatsache, dass diese Trasse mitten durch kurdisches Gebiet führt. Wenn in diesen Tagen der ehemalige Ministerpräsident der Türkei, Mesut Yılmaz, in einer Diskussionssendung des staatlich kontrollierten Fernsehens der Türkei (TRT-1) sich mit dem Satz zu Wort meldet: „*Der Weg nach Europa führt über Diyarbakir*“, meint er damit genau diese ökonomischen Interessen, die die europäischen Staaten verfolgen und für deren Durchsetzung Kurdi-



Infolge des Erdbebens schrumpfte die türkische Wirtschaft um zwei Prozent

Foto: rtr

stan „befriedet“ werden muss. Die PKK-Führung unterliegt einem historischen Irrtum, wenn sie daraus ableitet, dass „der Westen“ aus diesem Grunde den KurdInnen demokratische Rechte einräumen wird. Was „der Westen“ allerdings dort gar nicht mehr gebrauchen kann, ist eine bewaffnete Volksbewegung, die den ökonomischen und politischen Ausverkauf des Landes an westliche Konzerne nicht hinzunehmen bereit ist.

Auf diesem Hintergrund bekommt das Gerede von der Lösung der „kurdischen Frage“ ein anderes Gewicht.

Was „den Westen“ an Kurdistan interessiert, ist weniger die Frage einer „demokratischen Lösung“ als viel mehr die Frage, wie seine wirtschaftlichen Interessen möglichst ohne Widerstand durchzusetzen sind. Eines dieser Interessen ist die Erweiterung des Südost-Anatolien-Projektes GAP, das schon jetzt kurdische Gebiete in der Türkei mit einem Netz von Staudämmen und Kraftwerken überzieht, durch das *Ilisu-*

Staudammprojekt und *Wasserkraftwerk* im Südosten der Türkei. 65 km vor der syrischen Grenze plant die türkische Regierung einen weiteren Staudamm über den Tigris-Fluss, welcher rund 70 kurdische Dörfer überschwemmen und weitere 50 teilweise überfluten würde. Unter anderem würde die uralte Stadt *Hasankeyf*, der eine Schlüsselrolle in der kurdischen Geschichte zukommt, in den Fluten untergehen.

Der Bau des Staudamms soll durch ein internationales Konsortium unter Führung der Schweizer Firma *Sulzer Hydro* erfolgen, beteiligt sein werden Firmen aus Großbritannien, den USA, Deutschland, Schweden und Italien.

Das Projekt wird bisher wie eine geheime Verschlussache behandelt - weder informieren die Organisatoren die Öffentlichkeit noch geben sie wichtige Dokumente frei wie die 1997 von der Firma *Sulzer Hydro* in Auftrag gegebene Umweltfolgenabschätzung oder die Ergebnisse von zwei weiteren, 1999

von der britischen Regierung in Auftrag gegebenen, Untersuchungen.

Dass die über 10 000 Jahre alte Stadt *Hasankeyf*, die für neun verschiedene kurdische Kulturperioden steht, in den Fluten versinken soll, wird von vielen KurdInnen als Teil des türkischen Versuchs bewertet, die kurdische Identität weiter zu vernichten.

Kurdische Forderungen wie die nach dem Erhalt ihrer kulturellen und historischen Identität finden in den Äußerungen der Herren Schily und Co. keinerlei Erwähnung - Demokratisierung bedeutet für sie ja auch etwas völlig anderes, nämlich keinerlei Beschränkungen bei Investitionen, oder anders ausgedrückt: demokratische Rechte für freien Kapitalfluss.

Und da es damit in der Türkei aufwärts geht, geht es auch mit den „Menschenrechten“ aufwärts - so einfach ist das.

Bülent Ulurak
(Internationaler Freund-
schaftsverein IFV)

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DES AFB

Am 14.12.1999 fand im Recklinghäuser BERT-BRECHT-ZENTRUM die Jahreshauptversammlung unserer Organisation statt.

Die Mitglieder aus Recklinghausen, Herne, Bochum und Dortmund diskutierten ausführlich Erfolge und Misserfolge des AFB im Jahr 1999 und erörterten, welche Ziele wir uns für das kommende Jahr stecken.

I. Jahresrückblick:

Im Jahr 1999 konnte unsere Organisation keine besonderen Fortschritte erzielen, selbst wenn man berücksichtigt, dass die Aktivitäten im Vergleich zu 1998 wieder etwas zugenommen haben. Die Arbeit des AFB unterscheidet sich insofern nicht allzu sehr von der Gesamtentwicklung der antifaschistischen Bewegung, die in 1999 bundesweit keine großen Fortschritte erzielen konnte.

Vielmehr bleibt festzuhalten, dass es den Neonazis im vergangenen Jahr gelungen ist, bundesweit erheblich mehr an Anhängern zu den zahlreichen bundesweiten Demonstrationen zu mobilisieren als in den Jahren zuvor, von denen nur die wenigsten von antifaschistischen Bündnissen verhindert werden konnten.

Zwar schätzen wir die Tatsache, dass die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ zeitweilig zurückgezogen wurde, nicht als Erfolg der Neofaschisten ein, müssen aber erkennen, dass die Nazis durch ihre massive Demonstrationstätigkeit gegen diese Ausstellung zumindest erreicht haben, dass ihre faschistischen Aufmärsche als „demokratische Meinungsäußerungen“ vom Staat weitgehend legalisiert wurden und die Versuche, diese Aufmärsche durch antifaschistische Gegendemonstrationen zu verhindern, vom Staat weitgehend kriminalisiert wurden.

Das Zusammenspiel von faschistischen, konservativen und staatlichen Maßnahmen wurde im Bereich der Flüchtlings- und Asylpolitik noch deutlicher: staatliche Willkür, staatliche Gewalt und staatlich sanktionierte Tötung von Asylbewerbern, Abschiebung in Folterstaaten und Diktaturen, menschenunwürdiger Umgang mit Asylbewerbern auf den Ämtern, Entzug der elementarsten sozialen und demokratischen Rechte der MigrantInnen finden ihre Ergänzung durch alltägliche faschistische Gewalt, Mord und Totschlag gegen Fremde, Obdachlose und Andersdenkende.

Die antifaschistische Bewegung hat es bisher nicht geschafft, diese Entwicklung umzukehren oder ihr durch eigene Konzepte nachhaltig entgegenzutreten. Unsere Organisation hat zwar schon seit Jahren die Solidarität mit Flüchtlingen und AsylbewerberInnen zu einem festen Bestandteil ihrer Arbeit gemacht, hat maßgeblich an der Gründung und am Aufbau des Internationalen Freundschaftsvereins (IFV) mitgewirkt,

in diesem Zusammenhang auch einige Erfolge erzielt wie z.B., dass einige der von der Recklinghäuser Ausländerbehörde geplanten Abschiebungen verhindert werden konnten, allerdings ist erst zum Jahresende hin durch die Gründung der „Recklinghäuser Flüchtlingskoordination“ wieder ein etwas breiteres Bündnis verschiedener Organisationen in der Flüchtlingsarbeit entstanden.

An verschiedenen Aktionen gegen den NATO-Krieg auf dem Balkan haben wir uns beteiligt, unsere deutliche Kritik an denjenigen Kräften, die wie DKP und PDS die Verbrechen des Milosevic-Regimes herunterspielten, hat jedoch die bis zu diesem Zeitpunkt zufriedenstellende Zusammenarbeit mit diesen Organisationen vorläufig beendet.

Unsere klare Stellungnahme für das Selbstbestimmungsrecht der Völker hat jedoch auch bewirkt, dass die Zusammenarbeit mit Organisationen wie amnesty international, Recklinghäuser Flüchtlingsrat und Frauenverband Courage intensiviert werden konnte - dies hat uns bestärkt in unserer Position, dass der Kampf für Menschenrechte international unteilbar ist. Auf dieser Grundlage soll Anfang des neuen Jahres gegen den Krieg Russlands in Tschetschenien protestiert werden.

Das faschistische Potential im nördlichen Ruhrgebiet

Die Tatsache, dass im nördlichen Ruhrgebiet seit Jahren keine größeren Aktionen faschistischer Organisationen stattfinden konnten - der letzte Versuch einer NPD-Demonstration in Dorsten liegt inzwischen auch schon einige Jahre zurück - ist zwar erfreulich, inzwischen aber wohl kaum auf breite antifaschistische Aufklärung zurückzuführen. Zum einen haben die Neonazis durch interne Differenzen wie denen zwischen REPs, NPD und DVU maßgeblich selber dazu beigetragen, dass keine öffentlichen Auftritte zustandekamen, zum anderen haben die nachhaltigen Polizeiaktionen gegen die Fortsetzung der FAP-Politik in Form der „unabhängigen Kameradschaften“ dazu geführt, dass deren Führungsfiguren wie D. Riefling, N. Nowicki oder M. Dittmer das Weite suchen mussten und jetzt in anderen Gegenden versuchen, an frühere Führungstätigkeit anzuknüpfen.

Trotzdem muss festgestellt werden, dass das faschistische Gewaltpotential, insbesondere im Raum Dor-

sten, Gladbeck, Gelsenkirchen-Buer-Nord nach wie vor groß ist, auch wenn diese Kräfte zur Zeit kaum in der Lage sind, eine Strategie für öffentlichkeitswirksame Aktionen zu entwickeln. Stattdessen machen sie sich, wie in Dorsten und Herne-Wanne in der Silvesternacht geschehen, über Obdachlose her.

Die Drohungen aus diesen Kreisen gegen organisierte AntifaschistInnen und sonstige Nazi-Gegner sind zur Zeit (noch) auf verbale Beschimpfungen (auf Fax-Zusendungen), Namensnennungen in Publikationen wie dem „Wehrwolf“ oder „Leserbriefen“ mit „Diskussionsangeboten“ an die AntifaZ beschränkt.

Immerhin mobilisierte der NPD-Kreisverband im Rahmen der Recklinghäuser „Woche gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt“ eine ca 20köpfige Gruppe (nach eigenen Behauptungen sogar von 37 Leuten), die sich an einer Diskssion über das „Konzept der national befreiten Zonen“ beteiligen wollte, aber selbstverständlich nicht zugelassen wurde.

Ernst zu nehmender ist schon die - inzwischen vermutlich erfolgte - Gründung eines Kreisverbandes Recklinghausen der DVU, der seinen Schwerpunkt im östlichen Teil des Kreises Recklinghausen (Waltrop, Castrop-Rauxel) hat.

Angesichts des Bekanntwerdens der bevorstehenden DVU-Gründung gab es auch erfreulicherweise zum ersten Mal seit längerem wieder Ansätze einer Zusammenarbeit unterschiedlicher antifaschistischer Kräfte - allerdings können wir zur Zeit nach wie vor davon ausgehen, dass seitens autonomer antifaschistischer Kräfte im Ruhrgebiet in altbekannter Borniertheit gegen den AFB Stimmung gemacht wird.

Antifaschistisch-demokratische Kultur und Solidarität

Unsere Organisation führte im vergangenen Jahr eine Reihe von Kulturveranstaltungen durch, die überwiegend eine gute Resonanz fanden.

Zwei Benefiz-Konzerte im Herner Jugendzentrum „Heisterkamp“ und das 2. Antifa-Festival Ruhr in der Essener Zeche Carl waren gut besucht, der Reinerlös von über 2000,- DM des Festivals wurde an die Rote Hilfe e.V. für die Prozessunterstützung der Passauer AntifaschistInnen überwiesen.

Das Recklinghäuser BERT-BRECHT-ZENTRUM wird vom AFB unterstützt und entwickelt sich zunehmend zu einer demokratisch-antifaschistischen Einrichtung: Eine Leih-Bücherei mit thematischem Schwerpunkt Bert Brecht ist im Entstehen, Kulturveranstaltungen wie der Abend zu Francois Villon und Liederabende mit der Dattelner Gruppe „Absaits“ fanden aber noch nicht so viel Interesse.

Hier wird deutlich, dass die Entwicklung eines alternativen Kultur-Konzepts eine langwierige Aufgabe darstellt.

II. Ausblick für das Jahr 2000

Der AFB wird sich verstärkt bemühen, seine politischen Ziele breiter bekannt zu machen. Die Erstellung einer Info-Broschüre kann dabei hilfreich sein, wird aber kaum entscheidend dazu beitragen, neue Mitglieder, insbesondere unter Jugendlichen, zu gewinnen.

Wichtiger erscheint hier schon, dass es uns gelingt, mit der Erstellung einer Internet-Homepage neue Interessenten anzusprechen. Allerdings sind die Auffassungen im AFB über die Möglichkeiten, via Internet neue antifaschistische Kommunikationsstrukturen zu entwickeln, durchaus geteilt.

Ein politischer Schwerpunkt muss die Störung der faschistischen Formierung im Kreis Recklinghausen und darüber hinaus im nördlichen Ruhrgebiet sein, und hierbei wird die Aufklärung über den faschistischen Charakter der DVU eine wichtige Rolle spielen.

Aber auch die REPs und die NPD sind nach wie vor dabei, ihre Organisationsstrukturen auszubauen, auch wenn sie dabei in den vergangenen Jahren einige Rückschläge hinnehmen mussten. Wenn aber z.B. die REPs ohne Aufsehen in der Öffentlichkeit in der Lage sind, über 80 % der Beschäftigten der „Bahnschutz-Gesellschaft“ (Tochtergesellschaft der Deutschen Bundesbahn) im Kreis Recklinghausen als Parteimitglieder zu gewinnen, ist dies schon alarmierend.

Ein weiterer Schwerpunkt wird, wie bisher, unser Engagement in der Asyl- und Flüchtlingspolitik sein. Mit der Gründung der Recklinghäuser Flüchtlings-Koordination, die ab Anfang Februar voraussichtlich als Teil des Netzwerks „kein mensch ist illegal“ sich auch auf die Flüchtlingspolitik im NRW-Rahmen orientieren wird, ist hoffentlich der Beginn einer erfolgreichen Zusammenarbeit geschaffen worden.

Auch im Jahr 2000 soll es wieder ein Antifa-Festival Ruhr geben, die Vorbereitungen sind angelaufen.

Um am Entstehen einer breiteren antifaschistischen Kulturarbeit mitzuwirken, wollen wir den Kontakt insbesondere zu Jugendorganisationen verstärken - die Zukunft wird zeigen, ob Organisationen wie SDAJ, Rebell und SJD Die Falken hierfür gewonnen werden können.

Und - last but not least - auch unsere Zeitschrift, die AntifaZ, wird es im Jahr 2000 weiterhin geben. Wir hoffen, dass es uns gelingen wird, einige Menschen im Umfeld der AntifaZ für eine feste Tätigkeit in der Redaktion zu gewinnen.

Fazit: Wie Ihr feststellen könnt, sind unsere Wünsche für das neue Jahr bescheiden - für Ratschläge, Kritik und solidarische Unterstützung sind wir dankbar.

Antifaschistischer Bund (A F B)

DEUTSCHLAND ZU BEGINN DES NEUEN JAHRHUNDERTS HAT EIN NEUER FASCHISMUS EINE CHANCE ?

Neofaschistische Organisationen feiern zu Beginn des neuen Jahrhunderts ihre „Erfolge im Kampffahr 1999“. Das „Nationale Infotelefon Rheinland“ beispielsweise verkündet voll Stolz, dass sich das Organisationskonzept der 'freien Kameradschaften' als erfolgreicher erwiesen habe als das „Partei“-Konzept von NPD, DVU oder REPs, den Beweis bleiben sie allerdings schuldig.

NPD und DVU dagegen verweisen auf ihre Wahlerfolge - ist es ihnen doch gelungen, in einer Reihe von Landes-, Bezirks- und Kommunalvertretungen Sitze zu erlangen.

Die „Republikaner“ befinden sich nach eigener Einschätzung ebenfalls im parlamentarischen Aufwind - und häufig in innerer Zerreißprobe, sich von den beiden anderen Nazi-Parteien abzugrenzen oder den Weg gemeinsamer Kandidaturen anzustreben.

Von sich reden machen seit geraumer Zeit auch die Kreise um Horst Mahler, die sich nach eigener Einschätzung wohl als 'ideologisches' Zentrum einer Vereinheitlichung und Erneuerung der faschistischen Politik verstehen.

Zur Zeit finden in den antifaschistischen Zusammenhängen kaum Diskussionen statt, wie die aktuellen Entwicklungen faschistischer Formierung einzuschätzen sind - es scheint aber kaum eine einheitliche Strategie zu geben, welches zur Zeit die 'gefährlichsten' Strömungen und Entwicklungen im Lager der Faschisten sind.

Schon die hier verwendete Formulierung „Lager der Faschisten“ wird sicher nicht von vielen geteilt, auch wenn die Tendenzen zur Bündelung faschistischer Kräfte, z.B. auf den bundesweiten Aufmärschen gegen die „Wehrmachtsausstellung“, natürlich zur Kenntnis genommen werden.

Im Folgenden gehen wir relativ ausführlich auf Thesen Horst Mahlers ein, die er in einem „Strategie“-Papier unter der Überschrift „Der Globalismus als höchstes Stadium des Imperialismus erzwingt die Auferstehung der deutschen Nation“ entwickelt.

Ein altes Dilemma:

„National revolutionär“ versus „national demokratisch“

Insbesondere die „Republikaner“ grenzen sich vehement gegen alle Betreibungen innerhalb der Neonazi-Szene ab und beharren darauf, 'nicht dazu zu gehören', sondern „Patrioten“ und „Demokraten“ zu sein - gehen sogar oft so weit, Gruppen der „Freien Kameradschaften“ als staatliche Provokateure zu bezeichnen, die mit schwarz-weiß-roten Fahnen das Anliegen ihrer „republikanischen“ Auftritte in Misskredit bringen. So schreibt z.B. Andreas Thies vom LV Saarland des REPs anlässlich der Demonstration „Gemeinsam gegen den Euro“, den 500 REP-Anhänger gemeinsam mit VertreterInnen des belgischen Vlaams Block und des französischen „Front national“ am 30. Mai 1998 in Saarbrücken durchführen wollten: „Leider verhielt sich die Saarbrücker Polizei auch während der Veranstaltung selbst äußerst schikanös und einseitig. So

weigerte sich der Einsatzleiter namens Wendel, eine etwa 40köpfige Gruppe kurzhaariger, dunkelgekleideter Burschen mit schwarz-weiß-roter Fahne daran zu hindern, die Veranstaltung zu stören. Es wurde beobachtet, dass ein gutgekleideter, kurzhaariger 30jähriger, der sich zuvor stets in der Nähe der Einsatzleitung aufgehalten hatte, den Trupp dirigierte.“ (in: Der Republikaner 6/1998).

Auch gegenüber NPD und DVU erfolgen seitens der REPs regelmäßig ähnliche Abgrenzungsversuche, allerdings konnten sie diese 'Linie' nicht konsequent durchhalten, da z.T. auf Druck ihrer Mitglieder Aktionseinheiten mit NPD, DVU und „Freien Kameradschaften“ zustandekamen, unter anderem im Lübecker „Bündnis Rechts“.

Auch dies „Bündnis“ konnte aber keine einheitliche „Politik“ entwickeln. Als es sich im März 1998 gründete, beteiligten sich noch wesentliche Teile der NPD, inzwi-

schen gibt es hier größere Probleme. Die norddeutsche antifaschistische Zeitschrift „enough is enough“ führt dazu aus: „Seit kurzem ist das Bündnis Rechts auch in Kiel vertreten und will dort einen „regelmäßigen patriotischen Stammtisch“ durchführen sowie zur Gründung eines Kreisverbandes übergehen. Kreisbeauftragter des Bündnis Rechts in Kiel ist derzeit Thorsten Thomsen, der schon zu seiner Zeit beim Bund freier Bürger enge Kontakte zur Neonazi-Szene hatte. Die öffentlichen Aktionen des Bündnis Rechts bestehen derzeit vor allem in der Hetze und Denunziation von AntifaschistInnen und anderen demokratischen Gruppierungen und Personen. Auf dieser Linie lag die am 11. Juli 1999 in Lübeck durchgeführte Neonazi-Demonstration gegen das Jugendzentrum „Die Alternative“, an der 33 Nazis (vor allem) aus Lübeck und Kiel teilnahmen. Die örtliche NPD und die Jungen Nationaldemokraten hatten sich damals kurz vor der

Demo aus dem Aufruferkreis zurückgezogen.“

Ein Indiz für die inneren Probleme ist die unterschiedliche Reaktion der Neonazis auf die Unterstützung des Nazi-Mörders Kai Diesner, der von den „Freien Kameradschaften“ als führender politischer Gefangener und „Held der Bewegung“ unterstützt wird, was große Teile der „Bewegung“ jedoch ablehnen.

An Diesner 'scheiden sich die Geister' gerade deshalb, weil hier die ideologische Nahtstelle zwischen 'systemimmanenter' nationaler Opposition und 'revolutionärer', 'systemüberwindender' Nazi-Ideologie eine Schnittstelle findet. Die „freien (National)Sozialisten“ propagieren ihre Gegnerschaft zu „diesem System“ als identitätsstiftende Grundlage ihrer Formierung - und gerade darin besteht ihre besondere Gefährlichkeit, da sie angesichts der Schwäche der von vielen Ausgegrenzten und sozial Deklassierten als „Verräter“ empfundenen „Linken“ eine durchaus zunehmende Attraktivität, insbesondere im Osten, entwickeln. Insofern ist das Fazit des „Nationalen Infotelefon Rheinland“ keineswegs nur realitätsblind, wenn es eine schwindenden Einfluss nationaler „Systemparteien“ wie REPs, NPD, DVU konstatiert.

Allerdings ist dies nur ein Teil der Wahrheit und betrifft oft auch nur die oberflächliche Erscheinungsebene der Entwicklungen im rechten Lager.

Insbesondere in der NPD und der DVU haben die „nationalsozialistischen“, „systemüberwindenden“ Kräfte zugenommen, und auch an den REPs geht dieser Prozess nicht spurlos vorüber.

Die Schwäche der „nationalrevolutionären“ Kräfte besteht nun allerdings darin, dass sie (bisher) kein strategischen Politik-Konzept entwickeln konnten, die jüngste Zunahme faschistischer

Gewalt und die Vorbereitung faschistischen Terrors gegen Linke, Demokraten, Gewerkschafter, gegen marxistische Parteien wie die MLPD, gegen PDS-Funktionäre und gegen Antifa-Strukturen ist eher Ausdruck eines fehlenden strategischen Konzepts.

Zwar hat es und gibt es immer wieder faschistische Versuche, Bündnisangebote an die autonome, revolutionäre Linke zu star-

hung und Durchführung von Gewalt und Terror, desto 'ungefährlicher' ist sie, was ihre Zukunftsperspektiven betrifft, desto bedrohlicher und damit gefährlicher ist sie jedoch, was ihre aktuelle Entwicklung betrifft.

Deshalb sind Drohungen der „Anti-Antifa“ wie die im „Wehrwolf“ veröffentlichten Namenslisten von Linken, Demokraten und Antifaschisten aktuell



Republikaner demonstrieren gegen Euro

ten, aber diese Versuche blieben weitgehend erfolglos, im Gegenteil, Teile der antifaschistischen Strukturen haben, wie in Niedersachsen, ihr Konzept fortgesetzt, faschistische Zentren und Einzelpersonen gezielt anzugreifen - was den Eifer der Faschisten, mit ihnen Bündnisse zu schließen, verständlicherweise gebremst hat. So hat sicher der Brandanschlag auf die Vertriebsseinrichtungen des Nazi-Kaders Thorsten Heise bei den Faschisten gewisse „Rachegefühle“ hervorgerufen.

Da die Organisation von faschistischer Gewalt und antifaschistischer Gegengewalt von diesem Staat nicht völlig unkommentiert bleibt, gerät die Dimension der Auseinandersetzung zwischen diesen Kräften schnell in die gegenseitige „Schulduzuweisung“, die jeweils andere Seite sei vom Staatsschutz unterwandert und nur blindes Werkzeug in den Händen des „Systems“.

Je mehr faschistische Formierung sich „reduziert“ auf die Andro-

durchaus ernst zu nehmen - womit die Frage, wie sie am wirksamsten bekämpft werden können, natürlich noch nicht beantwortet ist.

Eine Aufgabe muss in diesem Zusammenhang von antifaschistischen Zusammenhängen jedoch unmittelbar angegangen und auch konkret gelöst werden: Alle öffentliche Räume, Kneipen, Buchläden oder sonstiger Versammlungsräume wie bspw. der „Club 88“ in Neumünster müssen umgehend geschlossen, verboten, belagert, politisch isoliert und aufgelöst werden.

Alle faschistischen Kommunikationsstrukturen, die der Vorbereitung und Durchführung von faschistischer Gewalt und Terror dienen, müssen ausgeschaltet werden, die jeweiligen antifaschistischen Gruppen vor Ort müssen breite öffentliche Kampagnen initiieren, in denen alle demokratischen Kräfte aufgefordert werden, die Auflösung solcher Strukturen unmittelbar und konsequent zu fordern.

„Neue“ strategische Konzepte ?

Wir sind der Meinung, dass die Hauptgefahr nicht von den Aktionen der „Anti-Antifa“ ausgehen, sondern eher von „strategischen“ Politik-Konzepten, wie sie von Leuten wie Horst Mahler und seinem Umfeld entwickelt werden. Mahlers Konzept hat gegenüber anderen faschistischen Konzepten den 'Vorteil', dass er die aus seiner Sicht notwendige „Wiedergeburt“ der „nationalen Frage“ in Deutschland“ theoretisch zu begründen versucht, und zwar unter Verweis auf die im Weltmaßstab stattfindende „Globalisierung“.

Das hat den 'Vorteil', dass erst einmal von etwas ausgegangen wird, was scheinbar für alle ganz offensichtlich ist, wovon alle offen sprechen und was von den Regierenden von Clinton bis Schröder, vom russischen bis zum chinesischen Präsidenten nicht geleugnet, sondern von allen mehr oder weniger als gewaltiger historischer Fortschritt begrüßt wird.

ist und die Möglichkeit weltweiter kriegsähnlicher Konflikte immens steigert. Wer würde nicht spontan folgenden Ausführungen zustimmen: *„Ungeachtet der verfügbaren Massenvernichtungsmittel ist auch in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln geblieben. Aber angesichts der in den technologischen Waffensystemen angehäuften Zerstörungspotentiale droht in unserer Zeit jeder Krieg zu entarten und zu Massenvernichtung zu werden. Es muss uns daher wünschenswert erscheinen, an der Jahrhundertwende zu einer stabilen Friedensordnung zurückzufinden. Ich habe den Traum von deutscher Größe im Dienst des Friedens.“*

Dies ist der zentrale Gedanke und Kern seines strategischen Konzepts: Deutschland muss „groß und stark“ werden, um den „Weltfrieden“ zu retten. Warum ist das aus Mahlers Sicht so ?

Weil die USA zur Zeit der „Hauptfeind“ aller Länder und die

abhängigkeit der anderen Länder und ihr ganzes Spektrum „ökonomischer, monetärer, juristischer, linguistischer, audiovisueller und kultureller Selbstbestimmung“ auf dem Spiele stehe, sondern die „mentale Identität“ schlechthin, darin glaubt Mahler einer Meinung zu sein mit Leuten wie dem amtierenden französischen Außenminister Hubert Vedrine oder dem deutschen Altbundeskanzler Helmut Schmidt.

Und um diese US-amerikanische „Despotie“ zu brechen, müsse „ein Zusammenwirken der europäischen Koalition mit dem asiatisch-afrikanischen Staatengürtel“ entstehen, der allein in der Lage sei, den „amerikanischen Kultur- und Wirtschafts imperialismus“ einzudämmen und damit „der verhängnisvollen Globalisierung ein Ende“ zu bereiten. Die Führung in diesem Bündnis soll - dreimal dürfen wir raten - natürlich „das 1945 nicht untergegangene, sondern nur vorübergehend handlungsunfähig gewordene Deutsche Reich“ übernehmen. Warum kommt Deutschland dieser „Führungsanspruch“ zu: „Europas Mitte muss jetzt fest und stark sein, damit die europäischen Großmächte insgesamt ihre Interessen bei der Errichtung einer neuen Friedensordnung geltend machen können. Für sie alle ist es lebenswichtig, Russland, einer christlichen Nation, die Hinwendung zum christlichen Abendland nahezubringen, damit es nicht an die Seite Chinas getrieben wird. Das geht nur mit einem starken, auch spirituell gefestigten Deutschland, das als Zentrum Europas für Russland die Brücke nach Westen bildet.

Deshalb brauchen auch die europäischen Westmächte ein festes und starkes Deutschland als europäische Zentralmacht.“

Ein wenig verschlüsselt, aber doch mit genügender Klarheit, entwickelt Mahler, wie die geforderte „spirituelle“ Festigung Deutschlands zu erreichen ist:



Zielscheibe der „Anti-Antifa“: Die Autonome antifa (m) in Göttingen

Mahler weist - und hat dabei in einer ganzen Reihe von Behauptungen völlig Recht - ausführlich nach, dass die Globalisierung nur scheinbar eine stabile wirtschaftliche Ordnung auf der Welt hervorbringt, de facto aber höchst fragil

treibende Kraft der „Globalisierung“ mit all ihren gefährlichen Folgen sind: „Dass sich die Weltgemeinschaft in einer „zentralen Konfrontation“ mit den Vereinigten Staaten befindet, dass nicht nur die politische Un-

SPIEL MIR DAS LIED VOM NATÜRLICHEN KNEBELUNGSTOD

Zum fünften Jahrestag des Knebelungstodes Kola Bankoles

von Claus Metz

Der Erstickungstod des 30jährigen Sudanese Aamir Ageeb am 28. Mai 1999 während gewaltsamer Abschiebung durch Frankfurter BGS-Beamte lässt die Frage aufkommen, ob die vor fünf Jahren befassten Institutionen ausreichend Vorsorge getroffen haben, eine erneute Abschiebungserstickung zu vermeiden. Dazu hätte es einer schonungslosen Ermittlung und personeller Konsequenzen im Frankfurter Flughafen-BGS bedurft. Um nachvollziehbar zu machen, wieweit diese verfehlt wurden, zeichne ich im folgenden die Handlungen und Unterlassungen nach, die am 30. August 1994 zum Tod des sozialdemokratischen oppositionellen 30jährigen Nigerianers Kola Bankole beim 6. Abschiebeversuch im Flughafen Frankfurt führten. Sodann die Handlungen und Unterlassungen, die in staatsstragender Absicht nach Bankoles Erstickung diese verheimlichen wollten und damit eine Fortsetzungsgeschichte erstickungsgefährlicher Abschiebungspraktiken in Frankfurt und anderen deutschen und europäischen Städten ermöglichte: Waren vor Bankoles Tod eine Beinaheerstickung mit Lähmungsfolgen 1992 im Flughafen Schiphol Amsterdam und eine Erstickung in Großbritannien 1993, jeweils mit Mundverpflasterung zur Abschiebeerzwingung, bekannt geworden, sind uns nach Bankoles Tod etwa zehn gut dokumentierte überlebte Knebelungen und erstickungsgefährliche Zwangshaltungen teilweise mit Knochenbrüchen bekannt geworden. Ferner tödliche Erstickungen 1998 in Belgien durch Kissen, 1999 in der Schweiz und in Österreich je eine nach Mundverpflasterung bis zur erneuten Frankfurter Erstickung durch **Brustkorbatmung behindernde Zwangshaltung**.

Aufgrund meines Berufes und Mitgliedschaft bei *IPPNW-Ärzte in sozialer Verantwortung* ist ein Schwerpunkt meiner Ausführungen die jeweils maßgebliche Beteiligung bei der Durchführung, Unterlassung und Vertuschung von Bankoles Erstickung durch Ärzte.

Dabei stütze ich mich auf die mir zugänglichen Informationsquellen:

1. Die Antwort des Bundesministeriums des Inneren auf die kleine Anfrage der PDS zu Bankoles Tod, Bundestagsdrucksache 13/2961 vom 30.11.95 (BT)
2. Die Aussagen von Bankoles Begleitarzt Dr. Rainer Hoffmann mir gegenüber Anfang Dezember 1994 sowie im Begleitarztprozess Anfang 1997 (Dr. H.)
3. Aussagen Prof. Dr. H. Bratzkes, des Direktors des Frankfurter Rechtsmedizinischen Universitätsinstituts und Bankole-Gutachters mir gegenüber am 15.9.1995, seine Gutachten zu Bankoles natürlichem Knebelungstod und seine gutachterlichen Aussagen im Begleitarztprozess (Pr. B.)
4. Die Aussagen der sechs beteiligten BGS-Beamten, des Lufthansakapitäns Theodor Meister, der zwei Notarztwagensanitäter und der anderen medizinischen Gutachter im Begleitarztprozess (BP)
5. Mündliche Mitteilungen des Nebenklagevertreters Rechtsanwalt Michael Junker (MJ)
6. Recherchen von Hörfunkjournalisten (HJ)

Hätte vor fünf Jahren der zum sechsten Abschiebeversuch des 30jährigen Nigerianers Kola Bankole als Begleitarzt engagierte Dr. Hoffmann von der Frankfurter Flughafenklinik gleich

getan, wofür er bezahlt werden sollte, wäre Bankoles Auslieferung an die Polizeikollegen des nigerianischen Putschregimes wohl geglückt. Nach den vergangenen fünf an Bankoles Widerstand gescheiterten Abschiebungen hätte er ihm eine oder zwei der vorbereiteten Mischspritzen aus je einer Ampulle Haloperidol und Psyquil injiziert, und Bankole hätte seine sechste Abschiebung ohne Knebelung verschlafen.

Vielleicht hätte Bankole aber auch die Mischspritzendosis „weggesteckt“ und sich gewehrt wie bei seinem zweiten Abschiebeversuch am 15. April 1994, nachdem das Ausländeramt Kaiserslautern bereits darauf hingewiesen hatte, *„dass eine Abschiebung des Ausländers ohne Begleitung durch Beamte des BGS und Medikamente nicht möglich sei.“* (BT-Drs. S. 2). Trotz Einnahme einer mittleren Dosis eines Antidepressivums (25 mg Doxepin) *„befreite sich (Bankole) aus seinem Sitz und griff die Begleitbeamten an. Er trat, schlug um sich und schrie lauthals.“* (BT-Drs. S. 2).

Das BMI erwähnt nicht, was sich danach nach Aussagen eines Lufthansakapitäns im HR-Interview mit Ulrike Holler Mitte April 1994, also wahrscheinlich betreffend Bankoles zweiten Abschiebungsversuchs, ereignet hat:

„Vor der hinteren Treppe lag ein Nigerianer in Rückenlage, die Hände auf den Rücken gefesselt, die Augen weit aufgerissen, die Hose durch das Handgemenge weit heruntergeschoben. Ein BGS-Beamter mit einem Knie auf der Brust des Nigerianers war damit beschäftigt, den hilflosen Mann mit einem Klebeband einzuwickeln. Die Nasenlöcher des Mannes waren gerade noch frei zum Luftschnaufen. Blut am Klebeband. Auch die Beine wurden mit Tape umwickelt, Oberschenkel, die Füße und nochmals von oben nach unten, wie eine Rolle Teppichboden für den Transport fertiggemacht.“

Nach drei weiteren vergeblichen Abschiebeversuchen teilt *„mit Schreiben vom 29.7.1994 (die) Stadt Kaiserslautern mit, dass der Anstaltsarzt der JVA Zweibrücken nicht bereit sei, B. vor einer erneuten Abschiebung Beruhigungsmittel zu verabreichen. Er wolle auch nicht mit einem Kollegen in Frankfurt/Main über eine solche Medikation sprechen und verweigerte jegliche Auskunft über erforderlich gewordene **Behandlungen** (Hervorhebung des Autors) des B. bei den vorhergehenden Abschiebeversuchen“.*

Er sei für den Ausländer nur solange zuständig, wie sich dieser in der JVA befinde. Zuständig für eine Medikation während des Fluges sei dann Frankfurt/Main.

30. August 1994

Sechster Abschiebeversuch

Bei der Ankündigung zur Rückführung teilt die Ausländerbehörde mit, dass der Schübling renitent sei und als Drogenkonsument gelte. Der BGS wird gebeten, die Begleitung durch einen Arzt sicherzustellen. B. wurde am Mittag des 30. August 1994 - wegen des anlässlich der vorangegangenen Abschiebeversuche geleisteten Widerstandes bereits massiv gefesselt - von Polizeibeamten aus Rheinland-Pfalz zum 19. Polizeirevier am Flughafen Frankfurt/Main gebracht. Der für die Durchführung der Abschiebung zuständige Bundesgrenzschutzbeamte hatte vier Beamte des Grenzschutzamtes Frankfurt/Main für die entsprechende Maßnahme abgestellt.

„Gegen 12.45 Uhr kamen die BGS-Beamten am 19. Revier überein, B. für die Abschiebung vorzubereiten. B. wurde zu diesem Zweck zum ca. 75 Meter entfernten Bereich C3S verbracht, wo ein separater Raum speziell für die Abwicklung von Abschiebungen existierte. Der aufgrund seiner Fesselung gehunfähige B. wurde sodann von zwei BGS-Beamten und zwei rheinland-pfälzischen Beamten zu dem fraglichen Raum verbracht, wo er auf gefährliche Gegenstände untersucht werden sollte. Hierbei leistete B. erheblichen Widerstand, wobei er mit dem Kopf stieß, kratzte und biss. Einer der Beamten sah sich deshalb veranlasst, einen mitgeführten Beißschutz einzusetzen. Der Knebeleinsatz dauerte drei bis vier Minu-

ten.“ (BT S. 2 ff.)

Nach dieser Demonstrationsknebelung habe Bankole nach Zeugenaussage des BGS-Beamten Brehl Blut gespuckt. (BP)

Bankole muss von dieser Vorknebelung so beeindruckt gewesen sein, dass er auf den zusammen mit dem Schubwesenleiter Örter dazukommenden Dr. Hoffmann auch auf dem folgenden Transport einen ruhigen, eher weggetretenen Eindruck gemacht hat, so dass dieser trotz Aufforderung des Flugkapitäns Meister eine Verabreichung der bereits aufgezogenen Mischinjektion ablehnte: „*Ob wir nicht von vornherein spritzen, um eine Eskalation zu vermeiden.*“ Dr. Hoffmann hat geantwortet: *Nein, erst wenn er gegen das Luftverkehrsgesetz verstoßen hat.* Auf richterliche Nachfrage: *das heißt, wenn er sich gewehrt hat.* „ (BP, Meister). Die BMI-Dokumentation ergänzt in zarter Andeutung: „*Der Arzt war mit der Begleitung des B. betraut worden, um im Falle von Auseinandersetzungen für dessen gesundheitliche Belange dazusein.*“

(BT Dokumentation, S. 3)

Damit wird ein zweiter Eventualgrund eines Arzteinsatzes angedeutet, der Dr. Hoffmann im folgenden völlig aus dem Blick geriet: Wenn es trotz oder wegen fehlender Psychopharmakaverabreichung zu einer Auseinandersetzung kommen sollte, soll der Begleitarzt darauf achten, dass der Geknebelte nicht erstickt. Der folgende, von Dr. Hoffmann mir geschilderte Transport vom VW-Bus über die Hintertreppe in die bereitstehende Maschine wurde zelebriert wie eine kleinere Prozession: Durch ein Spalier teils filmender und photographierender BGS-Polizisten wurde statt einer Monstranz Kola Bankole in verschnürter Hockstellung getragen. Dahinter statt dem Priester Dr. Hoffmann, gefolgt vom Schubwesenleiter Örter und dem stellvertretenden Grenzschutzamtsleiter Wache. Diese Einpassung in ein beeindruckendes Zeremoniell muss Dr. Hoffmann derart beeinflusst haben, dass er, wie seine argentinischen Kollegen, die zum staatstragenden Verschwindenlassen von 'Subversivos' durch die ehrfurchtgebietende Anwesenheit hoher Junta-Admiräle zu Betäubungsinjektionen im Flugzeug motiviert wurden, mit großem Diensteifer die Durchführung der wegen seiner anfänglichen Zögerlichkeit später notwendige Knebelung ohne Rücksicht auf unübersehbare Atem- und Bewusstlosigkeit unterstützte und diesbezügliche Bedenken der Begleitpolizisten zerstreute.

Als Bankole in seinen Sitz in der vorletzten Reihe gezwungen werden sollte, machten die vier Begleitpolizisten einen entscheidenden Fehler: Sie lösten das 10 mm dicke Nylonseil, das seine Handgelenke in die Kniekehlen zur Hocke gezwungen hatte. Bankole streckte sich, zerriß vier der „*neun Plastikbänder 6x2mm mit Schiebeverschluss von 40-60 cm Länge*“ (Pr.Br. Tgb.-Nr. 424 506-94 E 216/94) im Bereich der Beine, so dass nur noch die Handschellen, die fünf verbliebenen und die vier Klettbänder von 31 mm Breite blieben, um Bankole zu bändigen. Um 13.55 Uhr drückte der Erfinder und Hersteller des Knebels, PM Brecht, „*der bei Rückführungsaktionen häufig mit schwierigen Situationen konfrontiert gewesen ist*“ und „*in der Vergangenheit (...) ein solches Hilfsmittel bei renitenten Personen schon mehrfach eingesetzt*“ (BT zu 20) hatte, Bankole den Knebel aus drei bis vier „*anthrazitfarbenen bzw. dunkelblauen Socken, die ineinandergestülpt sind und an einem Ende offensichtlich aufgeschnitten wurden*“, auf den Mund.

„*Durch diese Socken ist ein brauner 15 mm breiter Gurt gezogen, der an der einen Seite eine Schlaufe bildet. An der anderen Seite schließt sich ein längeres Gurtstück an, das wiederum mit einem beigefarbenen, etwa 2 cm breiten Gurt verknotet ist. Die Socken messen Länge x Breite x Höhe 13 x 8 x 5,5 cm, an der Socke sind weißliche Anhaftungen zu erkennen. Schließlich finden sich noch zwei rechteckige Stücke, bei denen es sich um weißliches, schaumpolsterartiges Gewebe handelt, sie messen 19 x 9,5 bzw. 15 x 9,8 cm, die Dicke beträgt ca. 5 mm.*“ (Pr.Br.)

Nach meinem Eindruck zeigten auf dem Foto 914/94 des Knebels und wohl des helleren breiteren Brustgurtes die ausgefranzten Enden häufigen Gebrauch an. Die Schlaufenkonstruktion ermöglicht ein Festzurren mit doppelter Flaschenzugkraft und ein stundenlanges Festhalten bzw. Verknoten hinter der Kopfstütze. Dadurch zog der hinter Bankole postierte Zügelhalter Engwers den von Kollegen Brecht vor Bankoles Mund plazierten Knebel wie eine Trense mittels der Zügel unter Einsatz seiner gegen Bakoles Rückenlehne gestemmt Knie Bankole zwischen die Zähne.

Ich kann mir keinen Menschen vorstellen, der seinen Zungengrund gegen eine solche einschneidende Krafteinwirkung minutenlang so halten kann, dass der Rachen frei bleibt. Selbst wenn die Nasenatmung unbehindert gewesen wäre, was bei einer Knebelbreite von 8 cm noch denkbar, bei einem möglichen Einsatz der breiten Schaumstoffpolster und PM Brechts Händen weniger wahrscheinlich sein dürfte, könnte die nasengeatmete Luft den durch den Zungengrund verstopften Rachen kaum oder nicht passieren. Außerdem zeigen die jüngsten Erstickungsfälle bei freier Nasenatmung sowie auch schon 1994 zugängliche US-Untersuchungen in Polizei-, Juristen- und gerichtsmedizinischen Fachzeitschriften erhebliche Erstickungsgefahr nach maximalen Kampfanstrengungen mit einem Luftbedarf von einhundert Litern pro Minute bei freier Nasenatmung und sogar freier Mundatmung an, wenn nur die Brustkorbatmung eingeschränkt ist (Nach einer Übersichtsarbeit über „Medical Risk Factors of Sudden In-Custody Deaths“, beruhend auf 212 Literaturquellen, zur Hälfte vor 1994, und 148 Fällen, kommt Autor Dr. D.L. Ross zum Ergebnis, dass in 58 % dieser Fälle Ersticken nur aufgrund lagebedingter Atmungseinschränkung (positional Asphyxia) nach heftigen Kampfhandlungen aufgetreten waren. The Police Marksman' Nov. 97).

Nach Engwers Aussage im Begleitarztprozess habe er die Zügel etwa 10-15 Minuten straff gehalten, nach dem raschen Zusammensacken Bankoles gelang das mit geringer Kraftanstrengung. Ähnlich über die Knebellänge äußern sich Dr. Hoffmann und LH-Kapitän Meister. Nur die fünf BGS-Kollegen erinnern sich angeblich an ein Herabhängenlassen des Knebels teils vor dem Kinn, teils vor der Brust nach Bankoles raschem Zusammensacken kurz nach Beginn der Knebelung und der unmittelbar danach verabreichten Mischspritze in Bankoles linken Oberarm durch Dr. Hoffmann, der inzwischen eine medizinische Indikation zur zwangsweisen Psychopharmakaverabreichung gegeben sah, die er allerdings im Prozess niemandem vermitteln konnte.

Die folgenden 30 Minuten lassen einerseits eine klassisch lehrbuchhafte Erstickung erkennen, andererseits eine konsequente Fehleinschätzung mit Versäumnis aller notfallmedizinischen Standarthandlungen Dr. Hoffmanns. Dies nachzuvollziehen gelang mir in meinem ersten langen Gespräch mit Dr. Hoffmann drei Monate später und den Verfahrensbeteiligten zweieinhalb Jahre später nicht. Es hilft nur, sich einzugestehen, dass nach den Milgram-Experimenten ca. 85 % der Menschen eine denktätigkeitsbetäubende Nein-sage-Schwäche haben, wenn sie sich auf eine Situation von Gehorsamsleistung gegenüber einer ehrfurchtgebietenden Person oder Instanz einlassen. Dr. Hoffmann gestand mir gegenüber ein: „*Ich hätte von vornherein Nein sagen müssen.*“ Zu ergänzen wäre, 'wenn ich gewusst hätte, dass ich in einer solchen Verpflichtungssituation völlig die rationale Steuerung verliere.' Zu erinnern ist auch nicht nur die 'Medizin ohne Menschlichkeit' etlicher nationalsozialistisch hochmotivierter Ärzte mit Beteiligung an entsetzlich grausamen Tötungen, sondern die allgemeine ärztliche Ignoranz, die einem medizinischen Nonsens wie der Blutschande nicht entgegengetreten ist, sondern als gläubige Schafherde reagiert hat.

Nach etwa zehnminütigem Kampf gegen vier Grenzpolizisten, Fesseln und Knebel - nach denen auch die BGS-Beamten „körperlich weit unten“ (BP Brehl), nach Aussage des Kollegen Engwers sei der auf Bankole kniende Brehl „schweißgebadet, total fertig“ gewesen, Brecht habe sich nach Dr. Hoffmanns Aussagen „wie nach einem 5000-Meter-Lauf“ gefühlt

(BP) - hat Bankole nach übereinstimmender Schilderung „*sehr geschnauft, die Halsadern traten hervor*“ (BP Örtler). Kurz nach Dr. Hoffmanns Injektion, nachdem er die Zwecklosigkeit des Bemühens, die gesprengten Beinfesseln durch Signalplastikband und Klettband zu bändigen und Bankoles Sitzgurt zu schließen, mit einem „*Das hat so keinen Zweck*“ kommentiert hatte, sackte Bankole ohne sichtbare Atembewegungen zusammen. Trotz dieser und anderer eindeutiger höchster Alarmzeichen wie der sichtbaren Halsvenenstauung, des nachlassenden Pulses als Kreislaufzusammenbruch zusätzlich zum Atemstillstand und der Bewusstlosigkeit, die Dr. Hoffmann mittels mitgebrachter Ammoniakfläschchen ohne Bankoles Nasenreaktion, Zäpfchenreizung mit Plastikband ohne Würgereflex und Augapfelreizung mit Taschentuchzipfel ohne Lidschlagreflex zweifelsfrei nachwies, deutete Dr. Hoffmann all diese unmißverständlichen Alarmzeichen als *nigerianertypische Selbsthypnose*. Zum Teil mögen dazu frühere Beobachtungen bei verzweifelten Abzuschiebenden geführt haben, die zwischen Starre und heftiger Unruhe schwanken, zum Teil scheint er auch Nigerianer mit fernöstlichen Yogis in einen Topf geworfen zu haben, die durch tiefe Versenkung ihrer vegetativen Funktionen wie Atmung und Kreislauf auf ein Minimum zu beschränken vermögen - natürlich nicht nach heftigstem Kampf mit erheblich Luftnachholbedarf. Mit dieser Deutung beruhigte er nicht nur sich selbst, sondern auch die Grenzpolizisten, die ebenfalls den Puls nicht mehr sicher an der Halsschlagader fühlen konnten. Zwischen der allgemeinen Feststellung des nachlassenden Pulses und Dr. Hoffmanns Reflexprüfungen setzte sich dieser zum Ausspannen auf seinen Platz vor dem Vorhang. Erst auf Aufforderung eines BGS-Polizisten, den die weiter fehlenden Atembewegungen beunruhigt hatten, fühlte sich Dr. Hoffmann veranlasst, die Echtheit der Bewusstlosigkeit wie beschrieben zu testen und daraufhin um 14.23 Uhr selbst, „*um Übertragungsfehler zu vermeiden*“ (Dr. H.), von der Gangway am anderen (vorderen) Flugzeugeingang aus seine Bereitschaftssanitäter mit dem Notarztwagen telefonisch aufforderte, ein EKG-Gerät zu bringen, was innerhalb weniger Minuten erfolgte. Nach Entblößen von Bankoles Brust zeigte das EKG Nulllinie. Auch das reichte noch nicht, um endlich mit Wiederbelebungsmaßnahmen zu beginnen. Ein zweites EKG nach umständlicher Entfesselung im Liegen auf dem Bordküchenboden ergab ebenfalls Nulllinie. Dr. Hoffmann erkannte jetzt erst endgültig, dass er die ganze letzte halbe Stunde die Lebensgefahr mit ihren untrüglichen Zeichen fehlgedeutet hatte. Die von den Rettungssanitätern vorbereiteten Wiederbelebungsmaßnahmen lehnte er nach so langem Atem- und Herzstillstand als aussichtslos ab.

Als Flugkapitän Meister, der nach Knebelung und Spritze Dr. Hoffmann gefragt hatte, „*ob noch was passieren kann*“ und sich mit dessen Antwort: „*Nein, alles im Griff*“ zufriedengegeben hatte, vom Tod Bankoles erfuhr, habe er nach eigener Aussage im Begleitarztprozess gesagt: „*Seht zu, dass ihr ihn nach draußen bringt in den Rettungswagen, da kann man alles noch machen.*“ Darum, wie das auf die Schnelle gehen sollte, hat er sich aber nicht gekümmert. So musste ein Hebefahrzeug abgefordert werden, mittels dessen Hilfe die Leiche aus dem Flugzeug entfernt wurde.

Die Kriminalpolizei stellte alle Fesseln bis auf das Nylontau und die Stahlbandfesseln sicher sowie den Knebel mit Gurten. „*Die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Frankfurt/Main ordnet eine Nachrichtensperre an.*“ (BT). Am folgenden Tag „*recherchierte eine Redakteurin der Frankfurter Rundschau beim Grenzschutzamt Frankfurt/Main Flughafen in gleicher Sache. Sie behauptet, ein anonymen Anrufer (ich vermute, eine der Flugbegleiterinnen, die schon vor der Knebelung entsetzt reagiert hatten und von der Staatsanwaltschaft bei den Ermittlungen ausgeklammert werden sollten) habe ihr mitgeteilt, dass auf dem Flughafen Frankfurt/Main ein Nigerianer von 4 BGS-Beamten in ein Flugzeug verbracht und dabei derart misshandelt wurde, dass er verstorben sei.*“ (BT). Damit war die wohl beabsichtigte Totalvertuschung vereitelt. Also blieb nur die zunächst erfolgreiche Partialvertuschung, die

dank einer Steilvorlage der Frankfurter Gerichtsmedizin einen „plötzlichen Tod aus natürlicher innerer Ursache“ zu verkünden der Frankfurter Staatsanwaltssprecherin ermöglichte. Zusätzlich erfand Staatsanwaltssprecherin Becker-Toussaint arztentlastende Versionen: „Ebenfalls mitfliegen sollte ein Arzt, da der Nigerianer an 'Anomalien im Herzbereich' gelitten habe (...) Wiederbelebungsversuche seien erfolglos gewesen (...)“ (Frankfurter Rundschau, 1.9.94). Am Erscheinungstag ergänzte sie in ihrer Presseerklärung: „Gegen 14.00 Uhr verabreichte ihm der Arzt ein Beruhigungsmittel, weil ihm dies wegen des Erregungszustandes aus medizinischer Sicht angezeigt erschien. Gegen 14.20 wurde ein Notarzt und ein Rettungswagen zugezogen, der unmittelbar danach eintraf. Gegen 14.25 konnte der herbeigerufene Notarzt nur noch den Tod feststellen.“

Das vorläufige Obduktionsergebnis erbrachte u.a.: „einen krankhaften Befund des Herzens“. Das „vergrößerte Herz (...) lag dabei über dem sogenannten kritischen Herzgewicht.“ „Zusätzlich wies der Herzmuskel Narben auf, die auf alte Entzündungen schließen lassen. B. litt darüber hinaus an chronischer und akuter Kreislaufschwäche.“ (...) „Der o.a. Befund war geeignet, den plötzlichen Tod aus natürlicher innerer Ursache herbeizuführen, wobei die chemisch-toxikologischen Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind.“ (...)

„Neben dem Todesermittlungsverfahren ist ein Verfahren gegen den Arzt wegen des Verdachts der fahrlässigen Tötung eingeleitet worden. Im Rahmen dieses Verfahrens wird überprüft werden, ob auch noch weitere Personen ein Verschulden am Tod des B. treffen könnten.“

Einerseits erfindet die Staatsanwaltschaft arztentlastende Rettungsmaßnahmen, andererseits lenkt sie mit dem Ermittlungsverfahren den Verdacht auf die Beruhigungsmittelverabreichung, die so wohl den Tod Bankoles bewirkt habe. Die Knebelung bleibt verschwiegen, zumal auch die Lufthansa, wie auch erneut beim jüngsten Frankfurter Erstickungsfall, strengstens Stillschweigen verordnet hat.

Es wäre wohl dabei geblieben, hätte ich nicht mit Lufthansakapitän Ulrich Westermann fünf Wochen später telefoniert, der mir und später JournalistInnen von der Dritthandinformation berichtete, dass Bankole an einem Knebel erstickt sei.

Am gleichen Tag unterschrieben acht mutige Kollegen der 'Ärzte in sozialer Verantwortung' und der Vorsitzende des 'Vereins demokratischer Ärzte', Dr. Winfried Beck, einen „offenen Brief an die Flughafenklinik Rhein/Main“ mit den Informationen Westermanns: „(...) Wenn diese Schilderungen zutreffen, muss u.E. angenommen werden, dass die Beruhigungsspritze für den Tod des Nigerianers mitverursachend war (...)“

Am nächsten Morgen klingelte mich ein dpa-Reporter aus dem Bett, der daraufhin die Staatsanwaltschaftssprecherin überrumpelte und zum Geständnis der Knebelung brachte, das als Topmeldung des Tages in alle Zeitungen und Nachrichtensendungen übernommen wurde. Frau Becker-Toussaint hatte in ihrer Presseerklärung vom 5.10.94 nach Hinweis auf das bekannte vorläufige Obduktionsgutachten („legt vielmehr die Annahme eines Herztodes nahe.“) geschrieben: „Dem Verstorbenen war für den Transport ein Beißschutz angelegt worden zum Schutz der Beamten gegen Bisse, nachdem er gedroht hatte, er werde Beamte beißen, er habe Aids.“ Hier wird erstmals die Drohung des HIV-negativen Bankole mit AIDS-Bissen behauptet, die weder im Begleitarztprozess erhärtet noch in der BMI-Antwort erwähnt wird.

In den folgende`n Wochen gab es ein fieberhaftes Rätseln, wie wohl Bankoles „Beißschutz“ beschaffen gewesen sein mochte, in dessen Verlauf fünf verschiedene Knebelungsarten bekannt wurden. Die Staatsanwaltschaftssprecherin jammerte öffentlich über die Vorverurteilung der knebelnden BGS-Beamten, die angedroht hätten, als faktisch Beschuldigte von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch zu machen, (während sie als nichtbe-

schuldigte Zeugen aussagen müssen). So bahnte sich eine Verfahrensweise an, die sich nach dem Zusammenbruch diktatorischer Regime zunehmend bewährt. Eine Wahrheitsfindungskommission, die den aussagewilligen Tätern im Staatsauftrag Straffreiheit zusichert. Um zu diesem in unserer Strafprozessordnung nicht vorgesehenen Procedere zu kommen, mussten eine Reihe von Vorbedingungen geschaffen werden, nachdem die geplante Vertuschung gescheitert war:

1. Es duften nur mitinvolvierte Männer vernommen werden, d.h. die gegen die gewaltsame Abschiebung eingestellten Flugbegleiterinnen mussten von der Lufthansa weiter unter starken Schweigedruck gesetzt und von der Staatsanwaltschaft umgangen werden.

Das gelang.

2. Eine Hals-Nasen-Ohrenärztliche Nachobduktion sollte am 12.10.94 eine Nasenverengung o.ä. natürliche Atembehinderungen ergeben.

Das misslang.

3. Es sollten klinische Gutachter gefunden werden, die Dr. Hoffmanns Schuld schonungslos aufdecken, um ihn als Alleinschuldigen anklagen zu können. Dazu bot sich Staatsanwalt Dr. Erich Schöndorf, der sich durch sein Engagement in Umweltverfahren einen guten Namen gemacht hatte, an, einen Gutachter aus unseren Reihen zu wählen: Prof. Dr. Ulrich Gottstein, Vorstandsvorsitzender der deutschen 'IPPNW-Ärzte in sozialer Verantwortung', von dem er sicher annehmen konnte, dass er nicht gemäß der alten Krähenregel Dr. Hoffmanns Fehlverhalten decken würde. Auch der zweite klinische Gutachter, der Mannheimer Intensivmediziner Prof. Dr. Striebel, kam wie Gottstein zur schonungslosen Einschätzung Dr. Hoffmanns Fehlverhaltens. Anders als wohl geplant, beharrten beide jedoch darauf, dass der Tod allenfalls am Rande durch die von Prof. Bratzke als hauptverursachend eingeschätzten älteren Herzmuskelentzündungsherdchen als plötzlicher natürlicher Herztod zu deuten sei, sondern als Folge „lebensbedrohender Gewalt“ durch Atembehinderung infolge Brustgurt- und Knebelanwendung seitens der BGS-Beamten. (BP Prof. Striebel)

4. Prof. Dr. Bratzke als gutachtender Rechtsmediziner musste belegen, dass keine Erstickung durch Brustgurt und Knebel stattgefunden haben konnte, sondern ausschließlich oder überwiegend ein natürlicher Herztod.

Das gelang:

In der beschaulichen Ruhe seines Instituts testete er den Originalknebel im Selbstversuch in Ruhe und stellte fest: „Unter diesen Bedingungen ist die Mundatmung stark erschwert, aber noch möglich. Die Nasenatmung etwas erschwert, durchaus aber in ausreichendem Maße möglich.“ Trotz monatelanger versuchter Überzeugungsarbeit Prof. Bratzke und Staatsanwalt Dr. Schöndorf gegenüber gelang es mir nicht, diesen Selbstversuch als völlig realitätsfremd zu werten bzw. aus ihm die richtigen Schlüsse zu ziehen. Während Prof. Bratzke sich festlegt in seiner Gutachterbeurteilung unter „IV. Es ist nicht eben von einem Tod durch Ersticken auszugehen“, könnte man aus seinem Selbstversuch eher das Gegenteil schließen. Wenn eine Ruheatmung von ca. 5 Litern Luft pro Minute trotz vor dem Mund gehaltenen Knebel „noch möglich“ bzw. „in ausreichendem Maße möglich“ ist, dürfte doch klar sein, dass dann eine maximale Atmung nach extremer Anstrengung von ca. 100 Litern pro Minute, d.h. 30 Ein/Ausatmungen mit je 3,3 Litern/min nicht möglich ist. Prof. Gottstein legte im Prozess sogar dar, dass in seinem Selbstversuch mit 5,5 cm Sockendicke nicht einmal eine ausreichende Blutsauerstoffsättigung aufrecht zu halten war.

Jeder Laie kann sich mit einem einfachen Test überzeugen, dass z.B. eine reine Nasenatmung bei geschlossenem Mund, die 1999 zu Abschiebungserstickungen in der Schweiz (in einem weitgehend unbekannt gebliebenen Fall vom 3.3.99 im Flughafen Zürich) und in Österreich geführt hat, eine vertiefte Ein- und Ausatmung (das sind durchschnittlich 3-4 Liter pro Atemzug mit dem Mund in ca. 2 Sekunden) mit der Nase erst in 5-6 Sekunden zu schaf-

fen sind. Bei Atmung durch 5,5 cm Socken verlängert sich ein Ein/Aus-Atemzug mit submaximaler Luftmenge auf 10-12 Sekunden - das wären höchstens 24 Liter pro Minute. Nach 5 Minuten Knebelung, die auch von den Beobachtern einer raschen Knebellockerung eingeräumt wurden, ergäbe das ein Luftdefizit von 380 Litern gegenüber der erforderlichen Maximalatmung, die notwendig ist, um die durch die Überanstrengung angelaufene sogenannte Sauerstoffschuld schnell genug abtragen zu können.

Liest man die wenigen Kongressberichte und Veröffentlichungen deutscher Rechtsmediziner, fällt auf, dass sie sich erst seit Anfang 1999 auf die einschlägigen US-amerikanischen Untersuchungen zum 'Sudden In-Custody Death' überhaupt beziehen, ohne ihre Interpretationen als Kokain- oder Herzstillstandsbedingt in Frage zu stellen. Für ihre US-Kollegen ist seit zehn Jahren der Diskussionsstand bezüglich Gewahrsamserstickungen ohne die deutsche Rücksicht auf Polizeiinteressen weiter als für ihre deutschen Kollegen (nach Übersendung der einschlägigen Übersichtsarbeiten durch mich 1998) heute. Kurz gesagt: Weder bei Prof. Bratzkes Begutachtung der Todesursachen Bankoles noch des am 15. Mai 1998 bei Festnahme durch 10 Polizisten an der Frankfurter Hauptwache nach typischer „positional asphyxiation“ (lagebedingter Erstickung) ins Koma gefallenen Nigerianers Okechukwu Agbai-John spielten die US-Untersuchungen die geringste Rolle - Prof. Bratzke kannte sie bis zur Zusage durch mich (über das Frankfurter Polizeipräsidium Anfang 1999) schlicht nicht. Obwohl die Frankfurter Staatsanwaltschaft durch mich auf dieses Wissensdefizit aufmerksam gemacht wurde, legte sie großen Eifer an den Tag, auch Frankfurts vierten Gewahrsamserstickungsfall vom 28. Mai 1999 „in bewährte Hände der Frankfurter Rechtsmedizin“ (Staatsanwaltschaftssprecher Job Tilmann in der Hessenschau Anfang Juni 1999), das heißt Prof. Bratzkes, zu legen. Übrigens konnten in diesem Fall die Münchener Kollegen nicht mit natürlichen Ursachen aufwarten. Sie sahen „Anzeichen für einen Erstickungsmechanismus“, was wohl dem dortigen Wissen um lagebedingte Erstickungsgefahren (durch Herabdrücken des behelmten Kopfes zu Abschiebeerzwingung am 25. Mai) zu danken war. Ansonsten zeichnete sich die Frankfurter Staatsanwaltschaft auch in diesem neuesten Gewahrsamserstickungsfall durch Verzögerung der Beamtenvernehmungen aus, die Journalisteninformation zufolge auch drei Wochen nach Aamir Ageebs Tod weder durch sie noch durch das eingeschaltete BKA erfolgt war: Eine eigenwillige Interpretation der UN-Antifolterkonvention, die in Par. 12 nach Misshandlungsvorwürfen eine „unverzügliche und unabhängige Untersuchung“ fordert.

Für diejenigen, die die nachweisliche Literaturunkenntnis der Frankfurter Rechtsmedizinergutachter nicht an deren Unabhängigkeit zweifeln lässt, eine Anekdote aus dem Begleitarztprozess: Prof. Gottstein hatte als Versprecher statt 'den Knebel' „den Folter“ gesagt (was ja nicht unbedingt so weit übertrieben gewesen wäre), da sprang Prof. Bratzke auf und beschwerte sich anklagend lauthals bei der Richterin Messer über die vermeintliche ungeheuerliche Folterbehauptung.

Die Schlussfolgerung von Richterin Messer, den Arzt treffe im Vergleich zu den BGS-Beamten eher geringe Schuld und ihre dringende Aufforderung, die bisher von staatsanwaltlicher Anklage verschonten Grenzpolizisten doch noch anzuklagen, hat die Staatsanwaltschaft ebenso ignoriert wie die Fragenkataloge von PRO-ASYL und IPPNW zu Bankole und der 1993 in einer Flughafen-BGS-Zelle in Frankfurt erstickten Polin, dem ersten von vier bekannt gewordenen Frankfurter Gewahrsamserstickungen ohne Polizistenanklage.

**Claus Metz, praktischer Arzt sowie Psychotherapeut und engagiert bei IPPNW -
Ärzte in sozialer Verantwortung
(zuerst abgedruckt in: UNBEQUEM, Ausgabe 40, Dezember 1999)**

„Wir Deutschen sind eine Schicksalsgemeinschaft und tragen gemeinsam die Verantwortung für die Zukunft unseres Landes. Auch wenn wir uns in der atomisierten, liberalen Gesellschaft dessen nicht bewusst sind: Wir sind Brüder und Schwestern, die nach Zeiten der Entzweiung wieder anfangen müssen, sich zu verständigen. Die Liebe und nicht der Hass sollen Leitbild für ein neues Deutschland sein.“

Ganz so „neu“ sind nun diese Gedanken der „Erneuerung“ des deutschen „Volkes“ nicht - sie kann man in einschlägigen Nazi-Publikationen seit Jahrzehnten finden.

Ein wenig „neu“ ist, dass Mahler die „Wiedergeburt“ des „deutschen Volkes“ durchgehend auf der Grundlage eines s.E. historisch notwendigen, antiimperialistischen „Volksbefreiungskrieges“ und damit in einer Reihe mit den „nationalen Befreiungskämpfen“ in der 3. Welt sieht.

Insofern gibt es auf dieser Grundlage in Deutschland auch keine sozialen Interessen mehr, sondern nur „Volksfreunde“ und „Volksfeinde“. Wie mit letzteren umgegangen werden soll, wird in folgendem deutlich:

„Aber nur diese Krake (gemeint ist der „US-Imperialismus“, d.V.) ist der Feind, nicht die Völker, auf deren Territorium sie ihre Stützpunkte hat und deren militärische Stärke sie sich einverleibt hat.

Ihre medialen Kombattanten und die zahlreichen Quislinge im politischen Apparat des deutschen Staates sind mehrheitlich nicht in erster Linie Verräter, sondern Opfer der ökonomischen Zwänge des Systems und der psychologischen Kriegsführung gegen das deutsche Volk. Das deutsche Volk sollte sie behandeln, wie die chinesische Rote Armee unter der Führung von Mao tse Tung die Soldaten der Kuomintang behandelt hat: Wenn sie die Seiten wechseln und beginnen, für die nationalen Inter-

essen zu arbeiten, sollte das deutsche Volk sie mit offenen Armen empfangen und willkommen heißen.“

Die Signale an die „eigene“, traditionelle faschistische Klientel in Deutschland sind klar: Selbstverständlich wird „abgerechnet“, wenn „wir“ die Macht innehaben.

„Abgerechnet“ wird auch mit den „Nichtdeutschen“ in Deutschland. Zwar ebenfalls nur in Andeutungen, die aber für sich sprechen: *„Wir haben durchaus Grund, die im Nachrichtenmagazin TIME angestellten Gedanken-spiele über NATO-Einsätze in Magdeburg, Schwedt und Frankfurt/Oder als ernstgemeinten Wink der Ostküste zu verstehen. Die bereits vollzogene Einpflanzung fremdkultureller Völker in unserer Mitte bietet den USA die Möglichkeit, jederzeit einen nach der neuen NATO-Doktrin gültigen, von Deutschland durch die Teilnahme am Krieg gegen Serbien jetzt selbst akzeptierten Vorwand für das Eingreifen der USA im Gewande der NATO zu schaffen.“*

Man fühlt sich an den Satz erinnert: „Ist es zwar Wahnsinn, so hat es doch Methode“.

Mahler beseitigt mit einem Schlag rassistische und faschistische Motive in der Frage, wie mit „fremdkulturellen Völkern“ umzugehen sei und kommt, allein aus dem hehren Motiv der „Friedenssicherung“ zur Konsequenz, diese schleunigst aus Deutschland zu entfernen, um den USA jeden Vorwand zu nehmen, militärisch zu intervenieren.

„Wahnsinn“ ist die politische Skrupellosigkeit, mit der ein ehemaliger linker Intellektueller auf der einen Seite zum „globalen Bündnis“ „der Völker“ gegen den „US-Imperialismus“ aufruft, auf der anderen Seite jeden Kontakt des „eigenen Volkes“ zu „fremdkulturellen Völkern“ beenden will, weil sonst die „Wiedergeburt“ der eigenen, „völkischen“ Identität nicht mög-

lich ist.

„Methode“ hat das alles jedoch in hohem Maße: Konsequenter wird jegliches Interesse des „eigenen“ Kapitalismus an der „Globalisierung“ geleugnet - es gibt nur noch „Deutsche“ und ihre „Volksgemeinschaft“.

Konsequenter wird die Notwendigkeit dieser faschistischen „Volksgemeinschaft“ abgeleitet aus der historischen Konstellation der „Globalisierung“ und dem hohen „moralischen“ Motiv der Friedenssicherung.

Konsequenter wird die Beseitigung des bestehenden „Systems“ nicht wegen seines ausbeuterischen, sondern wegen seines antideutschen „Quisling“-Charakters gefordert.

Darin besteht abschließend die besondere Gefahr der Mahlerschen Überlegungen:

Er stellt die wirtschaftlichen Grundlagen des „eigenen“ Kapitalismus nicht in Frage.

Er knüpft an den tatsächlichen Widersprüchen zwischen europäischen imperialistischen Interessen und denen des US-Kapitals an und bietet „deutschen“ Konzernetagen eine durchaus diskutable politische Perspektive eines „modernen“ Faschismus: Friedenssicherung durch nationale „Größe“.

Er überwindet die überholten Faschismus-Konzepte von NPD, DVU und anderen und bietet gleichzeitig eine (scheinbar) realistische Perspektive der „Machtübernahme“.

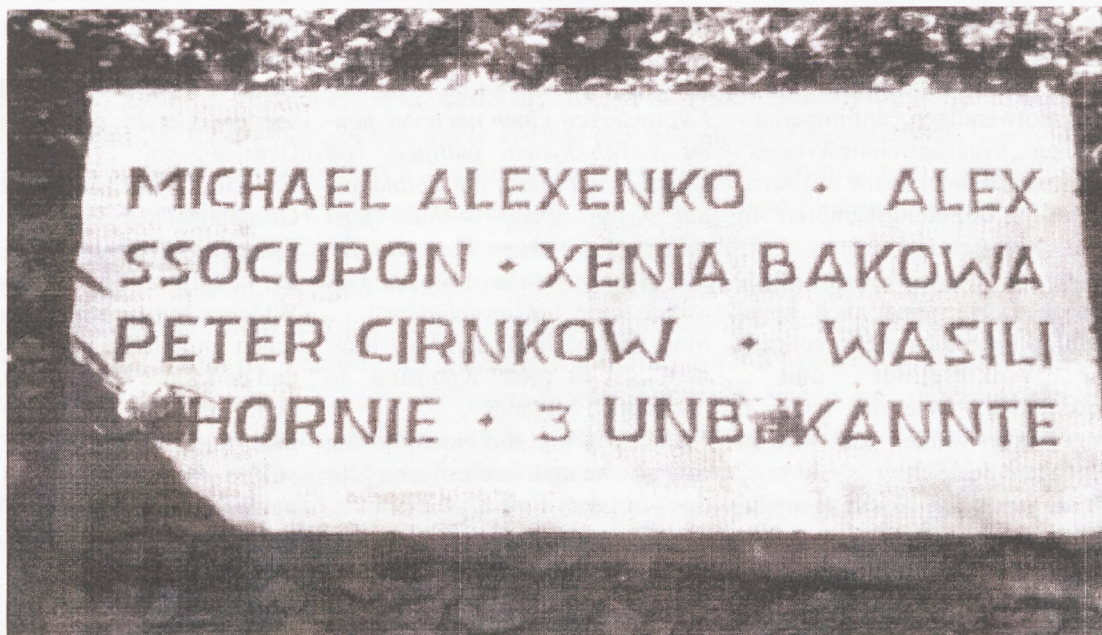
Schon aus diesem Grund sollten wir seine Thesen ernst nehmen und sie in die Überlegungen antifaschistischer Perspektiven für die kommenden Jahre einbeziehen.

Stefan W. Born
(Antifaschistischer Bund)

SICHERER LEBENSABEND FÜR DIE OPFER STATT SCHLUSSSTRICH IM INTERESSE DER DEUTSCHEN INDUSTRIE

Anmerkungen zum Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung
einer Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“

In ihrer Koalitionsvereinbarung haben die Fraktionen der rot/grünen Bundesregierung die Einrichtung einer Bundesstiftung „Entschädigung für NS-Zwangsarbeit“ unter Beteiligung der deutschen Wirtschaft vereinbart. Der jetzt vom zuständigen Fachministerium (Bundesministerium der Finanzen) vorgelegte Gesetzentwurf hat mit diesem Projekt nichts gemein. Statt den Überlebenden der NS-Zwangsarbeit endlich Anerkennung und Entschädigung zuzusprechen, bleiben diese mehrheitlich auch in Zukunft von Leistungen der geplanten Stiftung ausgeschlossen. Tatsächlich werden ihnen die letzten Instrumente zur rechtlichen Durchsetzung von Schadenersatzansprüchen genommen. Der Stiftungsentwurf erniedrigt sie zu Bittstellern und Almosenempfängern.



Endgültiger Schlussstrich im Interesse der deutschen Wirtschaft

In den vergangenen Monaten haben Überlebende versucht, ihre Ansprüche auf Schadenersatz gerichtlich durchzusetzen. Neben den Sammelklagen in den Vereinigten Staaten wurden in über 5000 Fällen deutsche Gerichte angerufen. Entgegen der Rechtsauffassung der Bundesregierung und der beklagten Firmen haben zahlreiche Gerichte Anträge auf Prozesskostenbeihilfe bewilligt und damit die Erfolgsaussichten der von NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern eingereichten Klagen positiv beurteilt. Zwei Landesarbeitsgerichte (Niedersachsen und Bayern) haben den Klageweg zu den Arbeitsgerichten für zulässig erklärt. In ersten vor Gericht geschlossenen

Vergleichen sind Summen von 10 000 bis 15 000 DM an überlebende NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gezahlt worden.

Die deutsche Wirtschaft hat „legal closure“ zu einer der wesentlichen Voraussetzungen für die Bereitstellung von finanziellen Mitteln für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter gemacht. Bisher verstand man darunter in der Regel einen „letter of interest“ der amerikanischen Regierung. Diese sollte gegenüber den dortigen Gerichten empfehlen, Klageverfahren zugunsten von Leistungen aus einer zu gründenden Stiftung einzustellen, da hierdurch eine bessere, schnellere und unbürokratischere Kompensation der Überlebenden gewährleistet sei. Über diesen bloßen Empfeh-

lungsscharakter der amerikanischen Strategie zur Erreichung von „legal closure“ geht das Bundesministerium der Finanzen in seinem jetzt vorliegenden Entwurf weit hinaus.

Paragraph 16 des Entwurfs formuliert unter der Überschrift „Ausschluss von Ansprüchen“: *„Ansprüche aus nationalsozialistischem Unrecht gegen die öffentliche Hand (...) und gegen deutsche Unternehmen (...) können nur nach diesem Gesetz geltend gemacht werden. Weitergehende Ansprüche sind ausgeschlossen.“*

Während, wie unten zu zeigen sein wird, lediglich eine Minderheit der überlebenden NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Leistungen aus der zu gründenden Stiftung und dies in ungewisser Höhe erwarten kann, soll allen Überlebenden ein für allemal jedes Instrument zur rechtlichen Durchsetzung von Schadenersatzforderungen aus der Hand geschlagen werden. Dies auch gegenüber Firmen, die sich selbst finanziell nicht an der zu gründenden Stiftung beteiligen. Der Hauptzweck dieser Rechtslosstellung der Überlebenden wird in der Begründung zum Gesetzentwurf auch explizit eingestanden:

„Die Gründungstifter erbringen einmalige Einlagen. Sie wollen über 50 Jahre nach dem Untergang des Dritten Reiches auch ein Zeichen für einen positiven Abschluss der Diskussion über Verantwortung und Schuld deutscher Unternehmen setzen. (...) Die Stiftung soll zur Jahrtausendwende ein abschließendes Zeichen für die umfassende Wiedergutmachung und Entschädigung nationalsozialistischen Unrechts in der Bundesrepublik Deutschland setzen. Die bisherigen Regelungen und Leistungen ergänzend, soll sie die Diskussion über weitere Maßnahmen beenden und allen beteiligten Rechtsfrieden einräumen. Daher übernimmt die Stiftung alle möglichen Ansprüche aus nationalsozialistischen Unrechtsmaßnahmen. Ansprüche gegen Dritte werden mit dem Inkrafttreten des Gesetzes ausgeschlossen.“

Rechtssicherheit und -frieden wird in der vorliegenden Konzeption allerdings höchst einseitig den beklagten Firmen - und zwar ganz unabhängig davon, ob sie Leistungen für die Stiftung erbringen oder nicht - eingeräumt. Sie werden von der Durchsetzbarkeit jeder Schadenersatzforderung freigestellt. Die Mehrheit der Überlebenden hingegen erhält weder Rechtssicherheit noch Rechtsfrieden: sie wird vielmehr von jeder Leistung der zu gründenden Stiftung ausgeschlossen. Diese zutiefst ungerechte und rechtsstaatswidrige Strategie ausgerechnet mit den Termini „Rechtssicherheit und Rechtsfrieden“ zu apostrophieren, über-

sieht, dass in einem Rechtsstaat diese beiden Grundsätze gerade durch Anrufung der Gerichte und nicht durch deren systematische Ausschaltung im Interesse der Beklagten erreicht werden soll.

Als würden die Verfasser des Gesetzentwurfs der verfassungsrechtlichen Haltbarkeit der eigenen Konzeption nicht recht trauen, verlangen sie neben der generellen Rechtslosstellung der Überlebenden durch ihren Entwurf noch deren individuellen Verzicht im Antragsverfahren: *„Jeder Berechtigte gibt im Antragsverfahren eine Erklärung ab, dass er mit Erhalt einer Leistung nach diesem Gesetz auf jede weitere Inanspruchnahme der öffentlichen Hand und der deutschen Unternehmen aus dem Zusammenhang mit nationalsozialistischem Unrecht unwiderruflich verzichtet. Dieser Verzicht umfasst auch die Kosten anhängiger Rechtsstreitigkeiten.“*

Abgesehen davon, dass die Definition der Leistungsberechtigten maximal einem Drittel der Überlebenden Leistungen zugesteht (s.u.), entzieht sich die zu gründende Stiftung selbst jedem Zugriff der Überlebenden. Obwohl sie angeblich sämtliche Ansprüche übernommen hat, bestimmt Paragraph 10 des Stiftungsentwurfs: *„Die Gewährung und die Auszahlung der Einmalleistungen an die nach § 11 Berechtigten erfolgen durch Partnerorganisationen. Ansprüche der Leistungsberechtigten können sich nur gegen die jeweils örtlich zuständige Partnerorganisation richten. Die Stiftung ist insoweit weder berechtigt noch verpflichtet.“*

Diese Grundkonzeption einer umfassenden und endgültigen Rechtslosstellung mit dem Ziel, *„jede Diskussion zu beenden“*, ist eines Rechtsstaates unwürdig, politisch unverantwortlich und mit Sinn und Buchstabe der in der Koalitionsvereinbarung beschlossenen Stiftung zugunsten überlebender Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter nicht vereinbar. Die Bundesrepublik Deutschland bleibt für die Sicherung eines notwendigen Lebensabends aller Überlebenden der Zwangsarbeit unter dem NS-Regime verantwortlich.

Rigorous kurze Antragsfristen

Zur Anmeldung von Ansprüchen wird den Überlebenden eine beispiellos kurze Frist von lediglich sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes eingeräumt. Viele der grundsätzlich Antragsberechtigten waren bisher von Entschädigungen ausgeschlossen und leben über den ganzen Erdball verstreut. Insbesondere die in ländlichen Regionen lebenden NS-Opfer werden in keinem Fall binnen sechs Monaten über ihre Ansprüche informiert sein. Deshalb

werden sie weitgehend von den Leistungen nach der bisher vorliegenden Konzeption der Stiftung ausgeschlossen bleiben.

Restriktive Vergabekriterien - Hohe Nachweispflichten für die Opfer

Auch in den Einzelbestimmungen des Gesetzes offenbart sich diese restriktive Haltung gegenüber den Überlebenden. Die Kategorien der Leistungsberechtigten sind abschließend in § 11 des Gesetzes aufgeführt.

Kategorie A: Hier werden lediglich Konzentrationslager im Sinne des § 42, Abs. 2 BEG explizit als Haftstätten, die eine Leistungsberechtigung begründen, anerkannt. Häftlinge von Ghettos und anderen Haftstätten müssen die Vergleichbarkeit der dortigen Haftbedingungen mit der eines Konzentrationslagers explizit nachweisen.

Angesichts der lückenhaften Quellen stellt dies eine kaum zu überwindende Hürde bei der Antragstellung dar. Die Überlebenden aller Haftkategorien müssen außerdem eine Haftzeit von mindestens zwei Monaten und einen kontinuierlichen Arbeitszwang in den jeweiligen Lagern nachweisen. Beide Nachweispflichten verzögern das Antragsverfahren erheblich und werden - falls nicht auf sie verzichtet wird - zahllose Überlebende aufgrund mangelnder Beweismöglichkeiten von Leistungen ausschließen.

Der Nachweis einer (Mindest-)Haftdauer gelingt in der Regel nur mit Hilfe von zwei Dokumenten. Angesichts der lückenhaften Überlieferung der Quellen stellt dies eine inakzeptable Hürde für die Antragsteller dar. Gleiches gilt für den Nachweis des kontinuierlichen Zwangs zur Arbeit. Gerade die KZ-Häftlinge wurden regelmäßig zur Arbeit gezwungen, ohne jedoch Kenntnisse über die Namen ihrer Arbeitgeber zu erhalten.

Lösung: Die Kategorie A sollte Haft in KZs, Ghettos und Arbeits-Erziehungslagern unabhängig von deren Dauer umfassen. In diesen Kategorien sollte individuelle Arbeitsleistung als gegeben unterstellt werden und auf deren Einzelnachweis verzichtet werden. Der Nachweis vergleichbarer Bedingungen mit den o.g. Haftstätten nach den in § 12 des Stiftungsentwurfs genannten Kriterien „unmenschliche Haftbedingungen, unzureichende Ernährung und fehlende medizinische Versorgung“ sollte nur für Haftstätten außerhalb der drei o.g. Kategorien gefordert werden.

Kategorie B: Denjenigen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern, die nicht zur Kategorie A zählen, soll nach dem Stiftungsentwurf lediglich dann eine Leistung gewährt werden,

wenn der Antragsteller in das Gebiet des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 deportiert, mindestens zwei Monate zur Arbeit gezwungen sowie während und außerhalb der Zwangsarbeit Haftbedingungen unterworfen war. Zur Schwierigkeit des Nachweises der Haftdauer gelten die Ausführungen unter Kategorie A. Die Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 können kein geeignetes Kriterium zur Definition territorialer Grenzen des NS-Zwangsarbeit darstellen. Stattdessen sollten die Grenzen des „Großdeutschen Reiches“ herangezogen werden. Gerade unter Bedingungen der Besatzungstruppen in den okkupierten Gebieten waren Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter besonders brutalen Arbeits- und Lebensbedingungen ausgesetzt. Auch das herangezogene Kriterium der Haft kann in keinem Fall für die Auswahl der von der Stiftung zu berücksichtigenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter herangezogen werden. Zum einen ist ein lückenloser Nachweis der Inhaftierung und Bewachung während und außerhalb der Arbeit aufgrund der erwähnten mangelnden Quellen und Überlieferungen für die Überlebenden so gut wie nicht leistbar. Hinzu kommt, dass gerade in der letzten Kriegsphase Bewachungspersonal für andere Aufgaben von den Zwangsarbeitslagern abgezogen wurde. Dies führte jedoch keineswegs zu einer größeren Freizügigkeit der NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter. Diese waren ausgehungert, abgerissen, aufgrund der mangelnden Hygiene in den Unterkünften verdreckt und zudem in ihrer Mehrheit mit einem „O“ oder „P“ an der Kleidung gekennzeichnet. Jeder Fluchtversuch führte zur unmittelbaren Denunziation bei der Gestapo und dabei akuter Lebensbedrohung. Die Absurdität, Haft als Kriterium für eine Berechtigung von Stiftungsleistungen heranzuziehen, haben auch einstimmig die vom Beauftragten der Bundesregierung, Herrn Prof. Niethammer, in die Gedenkstätte Buchenwald eingeladenen internationalen Experten betont. *„Rein institutionelle Zuordnungen, wie etwa die Tatsache der Haft, der haftähnlichen Unterbringung oder der vorgängigen Deportation sind zwar wichtige Indikatoren für die Schwere des Zwangsarbeiterschicksals, in der Praxis wurden sie aber oft vergleichsweise willkürlich gehandhabt.“* (Internationaler Workshop in Buchenwald, „Daten und Begriffe in der NS-Zwangsarbeiterfrage, unveröffentlichtes Manuskript, Seite 3“).

Auf dem erwähnten Workshop fasste Prof. Dr. Ulrich Herbert, der führende historische Experte für das Thema NS-Zwangsarbeit, diese Erkenntnis in dem folgenden Satz zusammen:

men: „Auf den Stacheldraht konnte man verzichten: Die Gesellschaft war der Stacheldraht!“

Es liegen auch keine verlässlichen Kriterien oder Nachweismöglichkeiten für das Vorliegen von Inhaftierungen vor. Das hat auch die Arbeitstagung in Florenz ergeben, auf der Beteiligte aller Opfergruppen versucht haben, zu einer gemeinsamen Datenbasis zu kommen. Lediglich die Moskauer Stiftung war dort in der Lage, ihre Zahlen nach Haft oder anderweitiger Diskriminierung aufzuschlüsseln.

Lösung: Alle Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus den Ländern Mittel- und Osteuropas werden leistungsberechtigt. Bei der Höhe der Leistung wird zwischen denjenigen, die in der Landwirtschaft eingesetzt wurden, und den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern im öffentlichen und industriellen Bereich unterschieden.

Kategorie C: In dieser Kategorie sind ausschließlich Leistungen für diejenigen Überlebenden vorgesehen, die in anderer Weise - also außerhalb der Kategorien A und B - aufgrund des NS-Unrechts Gesundheits- und Freiheitschädigungen erlitten haben und die heute noch unter schädigungsbedingten gesundheitlichen Folgen leiden. Auch diese Kategorie ist zu eng gefasst. Abgesehen davon, dass es mehr als 54 Jahre nach dem schädigenden Ereignis allen Überlebenden große Schwierigkeiten bereiten wird, die kausale Verursachung eines Gesundheitsschadens nachzuweisen, weswegen dringend Beweiserleichterungen vorgesehen werden müssen, sollte die hier beschriebene Leistung als zusätzliche zu den Kategorien A und B gewährt werden. Denkbar wäre, dass im Falle eines bleibenden Gesundheitsschadens eine zusätzliche Leistung auf den Grundbetrag der Kategorien A und B ausgezahlt wird. In der Kategorie C fehlen jedoch völlig zwei Schädigungen, die in den laufenden Verhandlungen zur Einrichtung einer Bundesstiftung eine große Rolle gespielt haben. Es handelt sich um die pseudomedizinischen Versuche im Auftrag der Pharmaindustrie in den Konzentrationslagern sowie um die Zwangsabtreibung und Tötung von Kindern ehemaliger NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter in werkseigenen Kinderheimen. Mindestens für diese beiden Kategorien sind dringend Leistungen aus der Stiftung vorzusehen.

Mangelnde Rechtssicherheit für die Opfer
Aufgrund der o.g. restriktiven Kriterien für die Leistungsberechtigung werden höchstens 1/3 der überlebenden Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter Leistungen erhalten.

Sollen weitere Überlebende Leistungen erhalten, so kann dies ausschließlich durch die Solidarität der Überlebenden und zu Lasten anderer Berechtigter geschehen. Wenn die Antragsteller ihre Verzichtserklärung unterschreiben müssen, wissen sie in keinem Fall, mit welcher Summe aus der Stiftung sie rechnen können. Lediglich 30 % der für die einzelnen Gruppen noch auszuhandelnden Beträge sollen ihnen nach einer ersten überschlägigen Prüfung ausgezahlt werden. Auf eine weitere Zahlung in Höhe von maximal 70 % der genannten Leistung müssen sie warten, bis alle Anträge abschließen bearbeitet sind. Leistungen erhalten sie auch dann nur, wenn dies im Rahmen der insgesamt verfügbaren Mittel noch möglich ist.

Alles unter Kontrolle

Überhaupt hat sich das federführende Bundesministerium der Finanzen weitgehende Kontrollrechte vorbehalten. Zunächst fällt auf, dass im Kuratorium ganze Gruppen von Überlebenden nicht repräsentiert sind. Dies sind insbesondere diejenigen Überlebenden der Konzentrationslager aus Westeuropa sowie diejenigen ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die nach 1945 nicht in ihre mittel- und osteuropäischen Heimatländer zurückkehrten. Zusätzlich zu diesem Ausschluss ganzer Volksgruppen behält sich das federführende Bundesministerium der Finanzen die Zustimmung zu fast allen Einzelentscheidungen der Stiftung vor. Dies gilt sowohl für deren Richtlinien, die Satzung und sogar die demokratische Wahl des Stiftungsvorstandes durch das Kuratorium. Dieses darf nur Personen benennen, mit denen das Bundesministerium der Finanzen einverstanden ist.

Auf der Seite der Verfolgtenverbände sind der Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte als Zusammenschluss der deutschen und europäischen Verfolgtenverbände sowie der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) als Repräsentant der nicht in ihre Heimatländer zurückgekehrten Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter zu berücksichtigen. Die Stiftung sollte in ihren Entscheidungen nicht durch eine Aufsichtsbehörde gegängelt werden, sondern durchgehend demokratisch strukturiert sein.

Lothar Evers, Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte e.V.

Tel: 0221/61 20 41, Fax: 0221/ 962 44 57, email: nsberatung (a) netcologne.

FRAUENHANDEL IST FRAUEN- VERACHTUNG

EIN WACHSENDES INTERNATIONALES GESCHÄFT

RUND 70 MILLIARDEN MARK WERDEN IN DEUTSCHLAND JÄHRLICH IM GESCHÄFT MIT DEN FREIERN UMGESETZT,

schätzt das Hessische Innenministerium, so zitiert im Jahresbericht 1998 des Fraueninformationszentrums für Migrantinnen (FIZ) in Stuttgart. Experten gehen davon aus, dass mit Frauenhandel weltweit mehr Geld verdient wird als im illegalen Waffen- oder Drogenhandel.

Ein Betreiber von Terminwohnungen im Raum Böblingen/Sindelfingen verschaffte sich beispielsweise ein monatliches Einkommen von 70 000 DM und mehr. Den gehandelten Frauen werden von ihren Schleppern und Händlern horrend Summen in Rechnung gestellt: Zehntausende Mark für Pässe, Visa, gefälschte Aufenthaltsgenehmigungen, ihren Transport und ihren Weiterverkauf an Zuhälter. Die Zimmermiete in den Bordellen und Wohnungen beträgt nicht selten 200 Mark am Tag und mehr. Dabei bekommen die Frauen selbst nur einen sehr geringen Teil des von ihnen verdienten Geldes. Nach Schätzungen einer Beraterin des FIZ in Stuttgart werden etwa 15 Prozent an die Prostituierten weitergegeben. Frauenhändlering sind nach Informationen des Bundeskriminalamtes (BKA) oft auch in Rauschgiftschmuggel und Autodiebstahl verstrickt.

WAS IST FRAUENHANDEL ?

Nach § 180 b „Menschenhandel“ im Strafgesetzbuch und § 181 „Schwerer Menschenhandel“ stellt Frauenhandel einen Straftatbestand gegen die sexuelle Selbstbestimmung des Menschen dar. Dazu gehören der Zwang zu sexuellen Handlungen unter Androhung von Gewalt, durch List und Ausnutzung der besonderen Hilflosigkeit einer Person, die sich in einem fremden Land aufhält. Auch der Zwang in die Prostitution und der Zwang zur Fortsetzung derselben fallen unter diesen Paragraphen.

TERRE DES FEMMES und andere Nichtregierungsorganisationen fassen den Begriff Frauenhandel allerdings wesentlich weiter. Sie verstehen darunter auch den Handel in die Ehe und den Handel in illegale Arbeitsverhältnisse. Gemeinsam ist den Frauen, die in die Prostitution, in die Ehe oder in illegale Arbeitsverhältnisse gehandelt werden, dass sie aus verarmten oder politisch instabilen Ländern kommen. Sie können dort ihren Lebensunterhalt nicht sichern und werden in dieser Situation von Händlern ausgenutzt. In den Zieländern haben sie kaum Rechte, obwohl eine stetige, scheinbar uner-

sättliche, Nachfrage nach ihnen besteht.

ZAHLEN UND FAKTEN ZUM THEMA FRAUENHANDEL

Gesicherte Zahlen gibt es hier nicht, denn der Frauenhandel ist ein sogenanntes Kontrolldelikt mit sicherlich hoher Dunkelziffer: Opfer von Frauenhandel werden nur dann registriert, wenn die Polizei auf sie aufmerksam wird, etwa bei Razzien in Bordellen. Nach Schätzungen der Internationalen Organisation für Migration in Brüssel werden in Europa jährlich etwa eine halbe Million Frauen zwischen 18 und 25 Jahren in die Prostitution gezwungen. Aber es werden auch Minderjährige gehandelt, und der Übergang zur Kinderprostitution ist fließend.

Offiziell nennt das BKA für Deutschland folgende Zahlen:
1996 1445 weibliche Opfer
1997 1402 weibliche Opfer
1998 1173 weibliche Opfer
(ohne Bayern)

Fast die Hälfte der Täter im Jahr 1997 waren nach Auskunft des BKA deutsche Staatsangehörige, die zweitgrößte Gruppe bildeten türkische Staatsangehörige. Es gab 200 weibliche Täterinnen, davon 130 Ausländerinnen.

Ein geringer Teil der Opfer, weni-

ger als neun Prozent, war schon im Heimatland der Prostitution nachgegangen (Zahl für 1997). Diese Frauen wussten aber nicht, welche Bedingungen sie nach ihrer Anwerbung in Deutschland vorfinden würden, und sie waren über ihre rechtliche Lage in Deutschland meistens nicht informiert worden.

WOHER KOMMEN DIE FRAUEN ?

Etwa die Hälfte aller Prostituierten in Deutschland sind ausländische Frauen. Der größte Anteil der gehandelten Frauen sind Osteuropäerinnen aus Polen, der Ukraine, Rumänien, Weißrussland, Tschechien. Daneben werden Südostasiantinnen und Lateinamerikanerinnen - hier besonders aus Kolumbien, Brasilien, der Dominikanischen Republik und zunehmend auch aus Kuba - nach Deutschland verkauft. Bei fast allen Nationalitäten überwiegt der Handel in die Prostitution. Nur bei Afrikanerinnen spielt der Handel in die Ehe eine größere Rolle, so berichten Fachberatungsstellen. Auch gewisse Trends sind auszumachen: Waren es bis 1980 vor allem Lateinamerikanerinnen, dann Philippinas, später Afrikanerinnen und bis 1989 Brasilianerinnen und Thailänderinnen, die nach

Deutschland gehandelt wurden, so kamen ab 1989 die Frauen aus Osteuropa hinzu, und dieser Anteil wächst stetig.

GRÜNDE FÜR DIE MIGRATION VON FRAUEN

Frauen verlassen ihre Heimat, weil dort Armut und Arbeitslosigkeit herrschen. Zum Beispiel sind drei Viertel der Arbeitslosen in der Ukraine Frauen. In den Herkunftsländern tragen die Frauen oft die finanzielle Verantwortung für ihre Familien. Sie träumen von einem besseren Leben und haben gehört, in Deutschland könnten sie schnell Geld verdienen. Selten sind Bürgerkriege oder Umweltfaktoren Gründe für die Migration. Immer wieder wandern Menschen aus armen Ländern in reichere Länder aus, in denen eine Nachfrage nach ihrer „billigen“ Arbeitskraft besteht. So gab es im Deutschland der sechziger und siebziger Jahre eine starke Nachfrage nach Arbeitskräften aus dem Ausland, zum Beispiel nach Krankenschwestern. Durch die Globalisierung der Wirtschaft wurden diese Migrationsbewegungen noch verstärkt (vgl. FIZ 1998).

AUFENTHALT NUR FÜR EHEFRAUEN

Ausländerinnen, die nicht aus EU-Ländern kommen, haben keine Möglichkeit, eine längere Aufenthaltsgenehmigung zu bekommen und in Deutschland zu arbeiten. Das übliche Touristenvisum ist auf drei Monate begrenzt und zweckgebunden. Anders ist es, wenn eine ausländische Frau einen deutschen Mann heiratet. In diesem Fall erhalten die Frauen nach § 19 des Ausländergesetzes eine zunächst befristete Aufenthaltserlaubnis, die an den Bestand der Ehe gebunden ist. Nach drei Jahren Ehe kann eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis gewährt werden. Nicht zwangsläufig ist damit auch eine Arbeitserlaubnis verbunden. Bei einer Scheidung kann eine ausländische Frau erst nach vier Jahren gelebter Ehe in Deutschland (bzw. nach fünf Jahren legalem Aufenthalt in Deutschland) ein eigenständiges

Aufenthaltsrecht erhalten. Nach fünf Jahren Ehe, bei gesichertem Lebensunterhalt und nach 60 Monatsbeiträgen Rente oder vergleichbarer Leistung kann eine zeitlich unbeschränkte Aufenthaltsberechtigung erlangt werden.

Nur wenn eine außergewöhnliche Härte vorliegt, kann eine geschiedene Ehefrau vor dem Ablauf von vier Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten und in Deutschland bleiben. Erfahrungen der Beratungsstellen für Migrantinnen zeigen, dass eine solche außergewöhnliche Härte auch bei schwersten körperlichen und psychischen Misshandlungen durch den Ehemann vor Gericht selten anerkannt wird. Also werden Ehefrauen, die vor der Vierjahresfrist in ihrer Ehe Gewalt erfahren, trotzdem in dieser Verbindung ausharren, um nicht ausgewiesen zu werden und nicht mit leeren Händen in ihr Heimatland zurückzukehren.

ANGST VOR ENTDECKUNG

Ohne Arbeitserlaubnis einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, ist illegal und ein Ausweisungsgrund! Damit können Arbeitgeber, Händler und Zuhälter die Frauen unter Druck setzen: Ihre Angst vor der Polizei und vor Strafe ist groß. So sind die Frauen durch die „Illegalität“ und durch ihre Verschuldung bei den Tätern erpressbar. Gefügig gemacht werden die Opfer durch Gewalt und durch Drohungen. Häufig drohen die Täter, die Familien oder Kinder im Heimatland zur Rechenschaft zu ziehen. Außerdem wird an die moralische Verpflichtung der Frauen appelliert: *„Ich habe schon so viel für dich getan!“*. Viele Frauen halten an ihrem Traum fest, viel Geld zu verdienen, und hoffen, es eines Tages zu schaffen. Sie fürchten, dass bei einer Rückkehr in die Heimat ihr Schicksal in Deutschland bekannt wird. Außerdem waren sie ja schon wegen mangelnder Perspektiven geflohen. In manchen Fällen von Zuhälterei und Zwangsprostitution werden die Frauen emotional abhängig gemacht, in-

dem ihnen Liebe vorgegaukelt, eine Heirat und ein Zuhause versprochen werden. Es kommt ebenfalls vor, dass Zuhälter Frauen durch Psychopharmaka und Drogen mit anschließendem Entzug von sich abhängig machen.

ABSCHIEBUNG DROHT

- Leider ist es in vielen Bundesländern immer noch an der Tagesordnung, dass die Opfer von Frauenhandel nach dem Bekanntwerden ihre Aufenthalts in Deutschland sofort abgeschoben werden. Das geschieht, obwohl es in einigen Bundesländern (z.B. in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) interne Anweisungen der Innenminister an die Polizei gibt, bei Verdacht auf Menschenhandel zu prüfen, ob das Opfer als Zeugin in einem Strafverfahren gegen die Täter benötigt wird. In diesem Fall müsste die Frau eine Duldung durch eine staatsanwaltliche Anordnung erhalten und dürfte nicht abgeschoben werden. In der Praxis werden die Opfer jedoch häufig nach ihrer Festnahme von der Polizei als Täterinnen vernommen und somit zunächst kriminalisiert. Wenn sie dann anschließend als Opfer einer Straftat eingestuft werden, werden sie richterlich vernommen und in den meisten Fällen umgehend abgeschoben. Nur etwa zwei Prozent der entdeckten Opfer von Frauenhandel werden in ein Zeugenschutzprogramm aufgenommen. Nach Erfahrungen der Fachberatungsstellen muss eine „gute“ Zeugin über die Strukturen der Händlerringe aussagen können und die Namen der Hintermänner kennen. Ansonsten ist sie für die Behörden nutzlos und muss das Land verlassen. Aus der Praxis wissen wir, dass Frauen abgeschoben werden, weil die Behörden nicht warten wollen, bis in den Fachberatungsstellen - etwa am Wochenende - je-

mand erreichbar ist oder dort eine Dolmetscherin für die Frau organisiert werden kann. Wo Zeuginnen fehlen, gibt es aber auch keine Verfolgung der Straftäter. Den Frauen wird die Möglichkeit genommen, gegen die Täter zu klagen und vor Gericht Schadensersatz und Schmerzensgeld zu fordern. Das kann kaum im Interesse des deutschen Staates sein. Juristen sehen die Defizite eher in der Abschiebep Praxis als in der Gesetzgebung und kritisieren, die Behörden nutzen den vorhandenen Handlungsspielraum nicht aus. Es sei von öffentlichem Interesse, dass die Strafverfolgung der Täter Vorrang habe vor der Beendigung des unerlaubten Aufenthaltes der betroffenen Frau (Vgl. Renzowski 1999).

- **• WAS MUSS SICH ÄNDERN ?**

- * TERRE DES FEMMES fordert einen sofortigen Stopp der Abschiebep Praxis
- * Die Opfer müssen eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten, damit sie als Zeuginnen gegen Täter aussagen und zivilrechtliche Ansprüche vor Gericht stellen können.
- * Ausländische Frauen sollen ab dem Zeitpunkt der Eheschließung mit einem Deutschen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erhalten.
- * Bei den Tätern muss Gewinn abgeschöpft werden, um die Opfer von Frauenhandel zu unterstützen.
- * Weiterhin fordern wir, dass Gelder für Aufklärungskampagnen in Deutschland und in den Herkunftsländern bereitgestellt werden.

- **• WAS WILL DIE MÄNNERKAMPAGNE ?**

- Frauenhandel ist nicht nur eine Frage wirtschaftlicher Interessen oder ein Auswuchs der organisierten Kriminalität. Viel-

mehr zieht sich gerade bei diesem Thema die Geschlechterfrage quer durch alle Ebenen. Die wirtschaftliche Not in den Herkunftsländern trifft Frauen besonders hart. Durch das herrschende Frauenbild dort sind sie besonders gefährdet, Opfer von Menschenhändlern zu werden. Dem gegenüber steht eine stetig steigende Nachfrage in den Zielländern: im Bereich der Prostitution ebenso wie bei illegaler Beschäftigung oder auf dem Heiratsmarkt. Auch hier ist die billige Arbeitskraft der Frauen gefragt, auch hier gehen das traditionelle Rollenverständnis und das Frauenbild vieler Männer Hand in Hand. Die Frau wird zu einer Ware, deren man(n) sich bedient, solange man(n) sie brauchen kann. Dieses Muster setzt sich bei der Behandlung von potentiellen Zeuginnen fort und findet sich auch in der herrschenden Doppelmoral gegenüber der Prostitution in unserer Gesellschaft wieder: Zwar gilt die Prostitution als sittenwidrig, doch schöpft der Staat einen steuerlichen Anteil ab.

- Das öffentliche Interesse beschäftigt sich im allgemeinen mit den Straftaten, und die Situation der Opfer wird meist nur vor diesem Hintergrund beleuchtet. Selten wird hinterfragt, welches Geschlechterverhältnis sich hinter der gesamten Problematik verbirgt. Grund genug für TERRE DES FEMMES, dies in einer Männerkampagne öffentlich zu thematisieren und die Kunden von Frauenhandel anzusprechen. Sie sind es schließlich, die den Markt bestimmen.

- **• DIE FREIER**

- Laut einer Untersuchung der Prostituiertenorganisation Hydra ist der Freier der ganz normale Mann von nebenan, zwischen 16 und 100 Jahre alt. Einen spezifischen Freiertypus mit gehäuft auftretenden Merk-

malen gibt es nicht. Täglich suchen etwa 1,2 Millionen Männer in Deutschland eine Prostituierte auf. Hydra schätzt, es gibt rund 12 Millionen Freier in Deutschland. Eine Befragung ergab, dass jeder fünfte Mann schon einmal bei einer Prostituierten war.

- **• WARUM GEHEN MÄNNER ZU PROSTITUIERTEN ?**

- Ein Motiv ist Bequemlichkeit: Es wird unkomplizierter und unverbindlicher Sex ohne Abhängigkeiten und Verpflichtungen geboten. Es besteht keine Gefahr, abgewiesen zu werden, kein Leistungszwang. Der Freier erhält eine Bestätigung und erfährt eine Stärkung seines Selbstbewusstseins, denn die Prostituierte will den Kunden nicht verlieren. Zum Teil erhält er (vorübergehend) emotionale Geborgenheit. Er kann sich unterhalten, wird unterhalten und bekommt viel Aufmerksamkeit. Die Prostituierte als Bezugsperson lässt soziale Vereinsamung vergessen. Für den Freier entsteht menschlicher Kontakt ohne Probleme oder eine zusätzliche, unverbindliche, einseitig an seinen Bedürfnissen orientierte Beziehung. Manche sehen den Besuch bei einer Prostituierten als Kontrast zur Sexualität mit der eigenen Partnerin und hoffen, so die verlorene Leidenschaft für die Partnerbeziehung wieder zu wecken. Spezielle Techniken und Phantasien, die Männer in ihren Partnerbeziehungen nicht ansprechen wollen, oder Wünsche, die die Partnerin nicht erfüllt, können bei der Prostituierten ausgelebt werden.

- Manchmal ist auch die Machtkomponente ausschlaggebend: Bei der Prostituierten können Freier über den Willen eines anderen Menschen, einer Frau, verfügen. Dann besteht die eigentliche Befriedigung darin, dass die Frau das tut, was der Freier von ihr will und sich un-

ter Umständen nicht dagegen zur Wehr setzen kann. Manche Männer suchen auch die erste sexuelle Erfahrung bei einer Prostituierten (Gabi Efferen in: Stehversuche, Tübingen 1993, S. 253 ff.)

• FREIER KÖNNEN HELFEN

- Ob mit einer Aufklärungs- und Plakatkampagne alle Freier angesprochen werden können, darf bezweifelt werden. So unterschiedlich wie die Motive der Freier sind, so unterschiedlich ist vermutlich ihre Bereitschaft, sich mit der Verantwortung für ihr Tun oder mit dem Schicksal der Frauen auseinanderzusetzen. Natürlich gibt es Freier, denen das Schicksal der gehandelten Frauen völlig gleichgültig ist. Manchem Freier mag die ausweglose Situation der Frau und ihre Abhängigkeit reizvoll erscheinen. Wir gehen aber davon aus, dass ein Teil der Freier die Gewalt ablehnt, die den gehandelten Frauen angetan wird. Außerdem nehmen wir an, dass viele Männer nicht wissen, in welcher rechtlosen Situation sich die Frauen befinden und dass sie bereit sind, sich mit den Frauen zu solidarisieren. Vereinzelt kamen schon Frauen durch die Hilfe ihrer Freier frei. Die Hotline im Rahmen unserer Plakatkampagne bietet Männern die Möglichkeit, sich anonym zu informieren und aktiv zu werden.

• WAS KÖNNEN • FREIER TUN ?

- * Bringen Sie Ihrer sexuellen Dienstleisterin Respekt entgegen.
- * Wenn Sie den Eindruck haben, dass etwas nicht stimmt, fragen Sie die Frau: Wie geht es Dir ? Woher kommst Du ? Möchtest Du in Dein Heimatland zurück ?
- * Wenn Sie den Eindruck haben, dass es der Frau schlecht geht, informieren Sie sie: Es gibt Beratungsstellen, die Dir helfen können.
- * Wenn Sie meinen, dass der Frau Gewalt angetan wird, schalten Sie die Polizei ein. Aber bedenken Sie, viele Frauen fühlen sich bedroht oder fürchten um ihr Leben oder das ihrer Familie. Das Einschalten der Polizei bedeutet für sie, dass ihr Alptraum wahr werden könnte.
- * Sichern Sie der Frau Ihre absolute Verschwiegenheit zu !
- * Rufen Sie unsere Hotline an, um sich zu informieren, oder um Hinweise auf Frauenhandel zu geben (Die Hotline war bis zum 9. Dezember geschaltet. Bei TERRE DES FEMMES können Sie Adressen von Männerberatungsstellen für Opfer von Frauenhandel erfragen.)
- * Werden Sie politisch aktiv und unterstützen Sie die Forderungen von TERRE DES FEMMES und der Fachbera-

tungsstellen für Opfer von Frauenhandel.

• Quellenhinweise:

- FIZ Jahresbericht 1998, Fraueninformationszentrum für Migrantinnen in Stuttgart
- „Frauenhandel - Freiheit für die Täter, Abschiebung für die Opfer ?“ Renzikowski, Joachim, in: Zeitschrift für Rechtspolitik 2/1999
- „Freier - Scham um ein alltägliches Geschäft“, Gabi Efferen, in: Stehversuche, sexuelle Jungensozialisation und männliche Lebensbewältigung durch Sexualität, S. 253 ff. Hrsg. v. Reinhard Winter, Neuling Verlag, Tübingen 1993
- Eine Broschüre von Hydra, Treffpunkt und Beratung für Prostituierte
- Jahresberichte verschiedener Fachberatungsstellen für Opfer von Frauenhandel
- Polizeiliche Kriminalstatistik des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg in Stuttgart und des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden
- Rechtsinfo: Migrantinnen, Aufenthaltsrecht in Härtefällen nach § 19 AuslG, Frauenhauskoordination, Frankfurt a.M.
- Sabine Riescher, in: Menschenrechte für die Frau, Zeitschrift für Frauenrechte 1/2000, Hrsg von TERRE DES FEMMES

Anzeigen

Attatrol
Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

BUCHLADEN

TARANTA BABU

LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN • PSYCHOLOGIE
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 15 89

Wir bestellen jedes lieferbare Buch



Sexualisierte Gewalt an türkischen Mädchen Tabu im Namen des Islam

Eine rigide Sexualmoral, die allein in die Ehe münden soll, wie sie auch der Islam vorschreibt, schützt die traditionell erzogenen Mädchen und Frauen nicht. Zwischen 1985 und 1996 flohen bis zu 80 Mädchen in die Berliner Kriseneinrichtung PAPATYA, eine von ihnen die junge Nuray Ö.

Überwiegend suchen Mädchen türkischer Herkunft die deutsche Krisenhilfe auf, aber der Anteil aus anderen islamisch geprägten Ländern steigt ebenso wie der aus dem ehemaligen Jugoslawien.

Der Anteil der sexuell misshandelten Mädchen in der Berliner Kriseneinrichtung liegt bei 30 %, der Täter stammt wie üblich aus dem engeren Familienkreis. Über 20 % der Mädchen erfuhr sexualisierte Gewalt durch mehrere Männer.

Gewalt im Schatten von Jungfräulichkeit

Wegen der starken Geschlechterhierarchie zwischen Männern und Frauen, Vätern und Töchtern, fällt es den betroffenen Mädchen ganz besonders schwer, über das Vorgefallene zu sprechen. Trotz der Gewalt wird „Jungfräulichkeit“ weiterhin hoch bemessen und Mädchen im Namen dieses Wahns mit analen oder oralen Praktiken gequält. Voreheliche sexuelle Kontakte gehören jedoch verschleiert. Zwischen dem Status „ehrenwerte Frau“ oder „ehrlöse Nutte“ liegt nur schmaler Grad, der durch das Hymen oder das Kopftuch bei traditionellen Familien den moralischen Pegel anzeigt. So auch bei Nuray.

Kulturzapperei

Am kulturellen Zappen zwischen türkischer und deutscher Kultur, islamischer oder christlicher Norm, erkrankt Nuray allmählich und begibt sich anschließend auf einen steinigen Entwicklungsweg. Am Ende hasst sie ihre türkische Kultur derart, dass sie sich fortan Nora nennt und mit dem Erhalt der deutschen Staatsbürgerschaft einen deutschen Nachnamen gibt.

„... Allein der Gedanke, mit einem türkischen Paß leben zu müssen, treibt mich zum Wahnsinn. Diese psychische Belastung hat sich negativ auf meinen Körper ausgewirkt und mich zu einem Krankenhausaufenthalt gebracht ...“, schreibt sie.

Interkulturell Lernen

Die Veröffentlichung der Sozialpädagogin Eva Kultus (Jg. 1954) beschreibt den langwierigen Ablösungsprozess der Nuray Ö. vom sowohl elterlichen als auch kulturellen Erbe stellvertretend für viele andere Mädchen türkischer Herkunft. Die Autorin, die seit 1994 die Berliner Kriseneinrichtung PAPATYA leitet, betrachtet es gleichermaßen als Mangel und Chance, nicht über eigene Migrationserfahrung zu verfügen, weil dies den Blick für die Zusammenhänge freier mache.

Nuray / Nora machte ihre Lebensgeschichte 1996 bei einer Podiumsdiskussion selbst öffentlich. Die Publikation bezweckt eine Auseinandersetzung mit Heilungsprozessen in interkultureller Sicht.

Thea A. Struchtemeier

Eva Kultus: Der Preis der Freiheit. 10 Jahre im Leben einer jungen Frau türkischer Herkunft. Edition Hipparchia. IKO-Verlag für interkulturelle Kommunikation Frankfurt, 1998. 156 Seiten, DM 29,80.

BERT-BRECHT-ZENTRUM RECKLINGHAUSEN

FREITAG, 14. JANUAR, 19.00 UHR

Mein Vater ist (war) Bergmann

Die Dattelner Liedergruppe „ABSALTS“ präsentiert Bergarbeiterlieder aus verschiedenen Ländern (Deutschland, England, Irland, USA), die von Streiks, Grubenunglücken, vom Leben und Tod des Bergmanns handeln.

Es wird keine „Nostalgie“-Veranstaltung, vielmehr wollen wir einen kleinen Beitrag gegen den herrschenden Strom der Entmutigung und Perspektivlosigkeit leisten, die sich angesichts der massiven Arbeitsplatzvernichtung im Bergbau breitgemacht haben.

FREITAG, 4. FEBRUAR, 19.00 UHR

Lesung mit Markus Veith

Ob der Dortmunder Nachwuchsautor Markus Veith seine Wette gewonnen hat und inzwischen in der ganzen Republik bekannt ist, können wir nicht beurteilen. Seine bisherigen Auftritte und Lesungen im Raum Dortmund, Bochum und Düsseldorf brachten ihm immerhin einige Resonanz im Ruhrgebiet, und er will seine Herkunft aus dem Ruhrgebiet auch kaum verleugnen.

„Schreiben ist wie eine Sucht“, sagt der 27jährige, der seinen gelernten Beruf als Landschaftsgärtner an den Nagel hängt und jetzt nur noch eines im Kopf hat: Schriftsteller zu sein (werden).

Immerhin, sein Werk „Der Silber“ wurde von einem ‘richtigen’ Verlag gedruckt, während seine ersten Werke „Kennst du das“, „Pipifax und Kinkerlitzchen“, „Der Zeitlauscher“, „Rattenfass“ und „Veithstanz“ noch im Eigenverlag erschienen, mit einer szenischen Bearbeitung des „Rattenfasses“ nahm er an den Hannoveraner Autoren-Theater-Tagen teil.

„Der Silber“ spielt in der Welt der Sprache: Sylp Silbenbauer, der Held des Romans, macht sich auf die Suche nach dem „U“, denn dieses ist aus der Sprache verschwunden. Auf seiner Reise trifft er viele

wundersame Personen - unter anderen die alte Frau Diskussion, die drei Wortschmiede Ironje, Sprachgeck und Sarka Schmus, die heilige Rhetorik und den scheinbar bösen Riesen „Dialekt“.

Mehr sei nicht verraten, wir versprechen einen amüsanten und unterhaltsamen Literatur-Abend (für das leibliche Wohl ist selbstverständlich wie immer gesorgt).

MITTWOCH, 8. MÄRZ, 19.00 UHR

Veranstaltung zum „Internationalen Frauentag“

Verschiedene Organisationen gestalten gemeinsam die diesjährigen Aktionen zum „Internationalen Frauentag“, tagsüber mit Informationen und Kundgebung in der Recklinghäuser Innenstadt, abends mit einer Veranstaltung zum Thema „Frauenhandel“. Im Rahmen der Veranstaltung wird auch die „Männerkampagne“ von TERRES DES FEMMES vorgestellt, der Frauenverband COURAGE erläutert seine politischen Ziele. Die Veranstaltung soll vor allem dazu dienen, den Kontakt zwischen Frauen verschiedener Organisationen zu intensivieren.

BERT-BRECHT-ZENTRUM, HERNER STR. 43, 45657 RECKLINGHAUSEN

TEL: 02361/ 90 19 23, FAX: 02361/ 2 16 86

**Für das Leben und die Freiheit von
Mumia Abu Jamal und aller politischen Gefangenen!
Abschaffung der Todesstrafe!**

**Bundesweite Demonstration
in Berlin auf dem Rosa-Luxemburg-Platz
am 5. Februar 2000 ab 14.00 Uhr**

Zu der Demonstration rufen die **Mumia-Abu-Jamal-Unterstützungskomitees** auf. Es geht darum, öffentlichen Druck für ein jetzt in greifbare Nähe gerücktes Wiederaufnahmeverfahren zugunsten von Mumia Abu Jamal zu machen, der seit 1982 wegen eines ihm untergeschobenen Mordes an einem Polizisten in den USA in der Todeszelle sitzt.

Seit der ersten Demonstration im deutschsprachigen Raum am 11.11.1989 - damals in Bremen von amnesty international unter der Losung „Freiheit für Mumia Abu Jamal!“ initiiert - hat es bereits zahlreiche regionale und örtliche Demonstrationen hierzulande gegeben.

An der ersten bundesweiten Demonstration am 17.08.1995 in Berlin, als der damals verhängte Hinrichtungsbefehl des Gouverneurs Ridge von Pennsylvania noch nicht aufgehoben war, beteiligten sich rund 4.000 Menschen; an der zweiten bundesweiten Demonstration am 20.02.1999 in Hamburg nahmen rund 5.500 Demonstrierende teil.

Zum weltweiten Aktionstag anlässlich des für den 02.12.1999 vorgesehenen Hinrichtungstermins hat es in zahlreichen deutschen Städten sowie im europäischen Ausland, in den USA und in anderen Ländern vielfältige Aktionen gegeben und gibt es weitere Aktionen, die von dem Bewußtsein getragen werden, daß die jetzt anhängigen juristischen Schritte vor dem Bundesbezirksgericht unter Richter Yohn in Pennsylvania entscheidend dafür sein werden, ob Mumia ein neues Verfahren bekommen wird.

Mit den bevorstehenden juristischen Entscheidungen steht und fällt Mumias Chance, sein Leben zu retten und die Freiheit wiederzuerlangen.

Weltweite Aktivitäten für Mumia

Die Kampagne hat weltweit Erfolge aufzuzeigen, deren jüngste hier nur in einer knappen Übersicht vorgestellt werden:

Argentinien: Im August 1999 drücken 21 politische Gefangene in einem „Letter to Mumia“ ihre Solidarität mit Mumia aus.

Australien: Am 13.11.1999 fand in Melbourne eine „Rally for Mumia“ mit Redebeiträgen von Gruppen zur Unterstützung politischer Gefangener, sozialistischen Gruppen und Gewerkschaften statt.

Baskenland: Am 22.10.1999 gab das baskische Parlament eine offizielle Erklärung heraus, in der es die Aussetzung des Hinrichtungsbefehls gegen Mumia Abu Jamal, die Abschaffung der Todesstrafe in den USA und anderen Ländern der Welt und eine Überprüfung des Verfahrens mit allen juristischen Garantien verlangt; diese Erklärung wurde an Thomas Ridge (Gouverneur von Pennsylvania), Bill Clinton, Leonard Weinglass (Anwalt von Mumia), das Europäische Parlament und Roman Prodi (Präsident der Europäischen Kommission) geschickt.

Brasilien: Am 04.11.1999 gab es in mehreren Städten Demonstrationen, die von Jugend- und Studierendenkomitees, Aktivistinnen und Aktivisten des Black Movement und führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaften organisiert worden waren.

Deutschland: Am 29.10.1999 versichert nach einer Kleinen Anfrage von Ulla Jelpke (PDS) bezüglich wirtschaftlicher Sanktionen gegen Pennsylvanien die Bundesregierung, daß sie alle ihr zur Verfügung stehenden Möglichkeiten sowohl bilateral als auch gemeinsam mit anderen Staaten der Europäischen Union nutzen wolle, um die Vollstreckung der Todesstrafe im Fall Mumia Abu Ja-

mal abzuwenden. Den Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente jedoch lehnte sie ab. Die Geschäfte deutscher Firmen mit dem US-Staat Pennsylvania sollen ungestört weiterlaufen. Im Oktober weilte Gouverneur Ridge in der BRD und besuchte dabei u.a. die Unternehmen Siemens, Daimler-Chrysler, Haribo und Bayer AG. In einer Pressemitteilung der Coordination gegen BAYER-Gefahren (CBG) heißt es dazu: „Das Treffen mit Thomas Ridge ist ein verheerendes Signal. Mit einem Politiker, der sich mit der Ermordung von Häftlingen profilieren möchte, darf es keine Zusammenarbeit geben.“

CBG-Vertreter wollten im November 1999 nach Pittsburgh reisen und vor Ort gegen die Hinrichtung von Mumia und gegen die Zusammenarbeit von deutschen Unternehmen mit Ridge protestieren.

Ergebnisse liegen der Öffentlichkeit bisher nicht vor. Am 19.11.1999 fand in Kaiserslautern eine regionale Demonstration von etwa 500 Personen statt.

Frankreich: Am 07.10.1999 demonstrierten rund 100 Leute vor dem US-Konsulat in Paris. Am 12.10.1999 besetzten 70 Mitglieder der Kommunistischen Jugendbewegung die Zentrale der Tageszeitung *Le Monde*.

Am 07.11.1999 fand eine Demonstration vor dem US-Konsulat in Straßburg statt.

Irland: Am 28.10.1999 gab es eine Demonstration vor dem US-Konsulat in Dublin.

Italien: Im Oktober und November gab es Sit-ins, Demonstrationen und Solidaritätskonzerte in Bologna, Ravenna, Florenz, Rom, La Spezia und anderen Orten.

Kanada: Es gab Demonstrationen und andere Aktivitäten in Calgary, Victoria, Halifax, Montreal, Toronto und Vancouver.

Mexiko: Streikende Studierende an der UNAM (Nationale Autonome Universität von Mexiko) fordern Freiheit für Mumia Abu Jamal.

Niederlande: Am 21.12.1999 fand eine Demonstration vor dem US-Konsulat in Amsterdam statt.

Schweiz: Am 27.11.1999 gab es Anschläge auf drei Häuser mit US-amerikanischen Einrichtungen in Zürich. Diese Anschläge richteten sich gegen die American Airlines, die Schweizer Niederlassung der Chase Manhattan Bank und das America Center/Consular Agency American Citizen. Bei „

Radio 24“ lief ein Bekennerschreiben einer Gruppe „Freedom for Mumia Abu Jamal“ ein. Der Sachschaden wurde mit 12.000 Schweizer Franken beziffert.

USA: Anlässlich des Internationalen Aktionstages nahmen am 24.04.1999 in Philadelphia (Hauptstadt von Pennsylvania) rund 30.000 Menschen teil. In allen großen Städten fanden Demonstrationen und andere Aktionen statt. Am 11.09.1999 gab es eine Künstlerinitiative zum Nationalen Tag der Kunst mit hunderten MusikerInnen, MalerInnen, TänzerInnen, GalleristInnen, ProduzentInnen usw., die einen gemeinsamen Aufruf verfaßten, in dem es heißt:

„Weil wir das Leben von 1,75 Millionen Schwarzen, Latinos und anderen armen Menschen schätzen, die in den Gefängnissen von Amerika eingesperrt sind ..., weil wir die Gerechtigkeit schätzen und eine Gesellschaft, die die volle Entfaltung aller ihrer Mitglieder fördert ..., weil wir gegen eine Politik stehen, die versucht, den menschlichen Geist zu ersticken und zu brechen ..., werden wir am 11. September die Erde erbeben lassen, unsere Stimme erheben, schreiben, singen, schauspielern und an die Wände malen. Wir werden eine Kultur des Widerstands ins Leben rufen, um die Hinrichtung von Mumia Abu Jamal zu stoppen. Mumia bist du. Mumia bin ich. Mumia sind wir alle. Schließ dich uns jetzt an.“

Am 27.10.1999 wurde fünf Stunden lang das Büro des FBI in Portland besetzt gehalten.

Die Besetzer forderten die Herausgabe aller FBI-Akten über Mumia Abu Jamal und die Organisation MOVE. Die sechs Besetzer wurden festgenommen.

(Sämtliche Informationen aus: „Freedom Now!“ Bulletin Nr. 13 vom 12.12.1999; Hrsg.: Kampagne Mumia Abu-Jamal, Postfach 150.323, D 28093 Bremen, sowie aus einem Flugblatt des Aktionsbündnisses für Mumia Abu-Jamal Berlin, das bei der verbotenen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration am 9. Januar 2000 verteilt wurde;

weitere Informationen im Internet:

„International Concerned Family & Friends of Mumia Abu-Jamal: www.mumia.org; „Refuse and Resist: www.calyx.com/refuse)

KD

NEWS AUS DEM RUHRGEBIET

Essen, 16.12.1999

Republikaner, CDU und SPD gegen Schutz für Antifa-Denkmal in Essen-Katernberg

Die DKP hatte vor einigen Monaten an einem alten Zechenhaus in Essen-Katernberg die Inschrift „Wählt Thälmann“ aufgefunden. Sowohl die Essener Denkmalbehörde als auch das Rheinische Amt für Denkmalschutz bestätigten die Authentizität der Inschrift, die in den Jahren 1928-1932 entstanden ist und befürworteten den Antrag der DKP, die Inschrift als historisches Dokument des antifaschistischen Widerstandskampfes unter Denkmalschutz zu stellen.

Nun hat die Bezirksvertretung im Essener Bezirk 6 dies mit den Stimmen von Republikanern, CDU und SPD gegen die Stimme des Vertreters der Bürgerliste Nord abgelehnt.

Dies ist ein Skandal.

Sicherlich verwundert dies wenig beim Vertreter der Republikaner. Wenig Hoffnung gab es bei der CDU, die leider immer mehr dazu neigt, Stammtischparolen und Republikaner-Inhalte zum Bestandteil ihrer Politik zu machen.

Die SPD aber scheint sich, zumindest in Essen-Katernberg, vom letzten Rest antifaschistischen Geschichtsbesusstseins verabschiedet zu haben. Schließlich waren es Kommunisten und Sozialdemokraten wie Thälmann und Breitscheid, die gemeinsam in Konzentrationslagern und Gefängnissen saßen, von den Nazis ermordet wurden.

Schließlich wissen wir spätestens seit dem Einzug von Republikanern, DVU und NPD in Räte und Bezirksvertretungen in NRW, dass Antifaschismus nicht nur eine Frage der Vergangenheit ist. Sich hier rauszureden, dass Denkmalschutz dem Besitzer, übrigens die Viterra (ehemals VEBA-Immobilien), Probleme bereitet, ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht aller Antifaschisten, sondern belegt auch, wie überragend wichtig heute Konzerninteressen für eine Partei sind, die einstmal stolz den Namen Sozialdemokraten trug.

Ernst Thälmann formulierte als Vorsitzender der KPD vor der Machtergreifung der Nazis 1933 „Wer Hindenburg wählt, wählt Hitler, wer Hitler wählt, wählt den Krieg“. Ist es falsch, hier einen Bogen zu schlagen zur sozialdemokratischen Ablehnung des Denkmalschutzes im ersten Kriegsjahr nach 1945 mit sozialdemokratischer Zustimmung?

Die DKP erklärt, wir werden alles tun, um dieses antifaschistische Denkmal zu erhalten, dazu gehört auch, dass wir national und international über diese unglaubliche Dreistigkeit, diese skandalöse Koalition in der Essener Bezirksvertretung VI informieren werden.

(in: unsere zeit, 24.12.1999)

Dorsten, 6.1.00

Mehrere jugendliche Neonazis waren an einem Mordanschlag auf einen 56jährigen Obdachlosen in der Silvesternacht beteiligt. Die Feuerwehr hatte den Mann am Neujahrmorgen gefunden, nachdem sie von einem 21jährigen Mann per Telefon alarmiert worden war. Die Polizei geht davon aus, dass neben dem Anrufer und dessen Freund (18) zwei weitere Jugendliche an dem Anschlag beteiligt waren.

Am 6.1. nahm sie einen 17jährigen arbeitslosen Gladbecker fest, der nach Einschätzungen der Polizei ebenfalls der Nazi-Szene zugehörig ist, die im Raum Dorsten/Gladbeck/Gelsenkirchen-Buer ihr Unwesen treibt. Das 56jährige Opfer wurde angeblich nur wegen einer Flasche Bier durch Schläge und Tritte so schwer verletzt, dass es aufgrund seiner Kopfverletzungen zur Zeit im künstlichen Koma liegt.

Herne-Eickel, 6.1.00

Auch in Wanne-Eickel haben vermutlich Täter aus der rechten Szene in der Silvesternacht zugeschlagen, hier war das Opfer ein 48jähriger Obdachloser, der auf einem Parkplatz tot aufgefunden wurde. Wie die Staatsanwaltschaft Bochum mitteilte, ergab die Obduktion, dass auf das Opfer eingeschlagen und es anschließend mit Benzin übergossen und angezündet worden war.

Recklinghausen, 3.1.00

Auch wenn es noch keine konkreten Hinweise auf die Täter gibt, sind die Verantwortlichen für einen Brandanschlag auf ein Asylbewerberwohnheim in Recklinghausen ebenfalls in der Nazi-Szene zu vermuten. Wer schießt schon gezielt mit einer Silvesterrakete in ein Fenster eines Asylbewerberheimes?

Bei dem Anschlag auf das Heim in der Vinckestraße, der um 0.27 Uhr gemeldet wurde, wurden die Bewohner, darunter Familien mit Kindern, zum Glück gerettet, ein Bewohner und ein Feuerwehrmann wurden wegen Verdachts auf Rauchvergiftung ins Krankenhaus gebracht. Mehrere Räume des Heims waren nicht mehr benutzbar.

die Bewohner mussten nachts in benachbarte Häuser umquartiert werden. Es entstand ein Sachschaden von 100 000 DM.

Dortmund, 12.1.00

6 Mitglieder der „Kameradschaft Recklinghausen“ stehen zur Zeit vor dem Dortmunder Landgericht. Ihnen wird vorgeworfen, zwischen Februar 1995 und April 1996 die Aktivitäten der verbotenen „Freiheitlichen Arbeiterpartei“ (FAP) fortgesetzt zu haben.

„Erinnerungsausfall scheint zu einer allgemeinen deutschen Krankheit zu werden“, kommentierte am 11.1. Manfred Reichel, Vorsitzender Richter am Landgericht Dortmund, die „Gedächtnislücken“ der sechs Angeklagten.

Die FAP war im Februar 1995 als Nachfolgeorganisation der NSDAP verboten worden. Schon vor Wochen waren drei führende Mitglieder der „Kameradschaft“ verurteilt worden (die AntifaZ berichtete), den jetzt vor Gericht Stehenden wird vorgeworfen, an Aktionen wie dem „Rudolf-Hess-Gedenkmarsch“ und Treffen in einer Oer-Erkenschwicker Gaststätte mit Referaten über Rassenideologie und Leugnung der Konzentrationslager teilgenommen zu haben.

Als einziger Angeklagter gab der 22jährige Frank O. detaillierte Auskünfte über die Versammlungen.

Konkrete Beweise liegen u.a. gegen Markus M. vor, bei dem Kopiervorlagen gefunden wurden, in denen behauptet wurde, Vergasungen der Juden im KZ Grafeneck könnten nicht stattgefunden haben.

Timo R., der die Aussage verweigerte, hatte schon vor Prozessbeginn Schwierigkeiten mit dem Gericht: Die Sicherheitsschleuse am Eingang reagierte mit vehementem Piepsen auf die Stahlkappen in seinen Stiefeln.

(aus: waz v. 12.1.00)

Düsseldorf, 12.1.00

Etwa einhundert Kurdinnen und Kurden wurden am 11.1. In einer Massenabschiebung vom Flughafen Düsseldorf mit Zwischenstopp in Bukarest nach Istanbul abgeschoben. Unter ihnen befand sich auch Yusuf Demir, dessen Asylverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

Eine Gruppe von Mitgliedern von „kein mensch ist illegal“ protestierte gegen die Abschiebung und verteilte Flugblätter auf dem Flughafengelände.

Raphaella Kula, die Sprecherin der Gruppe, berichtete, dass seitens des nordrhein-westfälischen Innenministeriums in letzter Zeit verstärkt KurdInnen abgeschoben wurden. Bei Yusuf Demir handele es sich um einen Wehrdienstverweigerer, der nach seiner Abschiebung in der Türkei mit großen Schwierigkeiten zu rechnen habe. Demir war in Dortmund verhaftet und nach Büren in Abschiebehäft verbracht worden. Man habe noch telefonisch beim Innenministerium zu intervenieren versucht – ohne Erfolg. Es werde aber auf jeden Fall nachgeforscht, welches Schicksal Demir in der Türkei zu erleiden habe.

Kula kritisierte die Doppelzüngigkeit des deutschen Staates: Auf der einen Seite klagt man die Menschenrechtsverletzungen in der Türkei an, auf der anderen Seite liefere man Waffen, mit denen die Menschenrechte verletzt würden.



Baki Karaman (Internationaler Freundschaftsverein)

Anzeigen

Zehn Gedichte und zehn Zeichnungen aus dem Gefängnis
von Rainer Dittrich

für 11,50 DM zu bestellen bei:

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444
24125 Kiel
Telefon und Fax: (0431) 7 51 41



DIE ROTE HILFE

MIT EINER
SOLARANLAGE
SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER



Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroninstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

RECKLINGHÄUSER FLÜCHTLINGSKOORDINATION

„kein mensch ist illegal“

RECKLINGHÄUSER FLÜCHTLINGSTAGUNG

SAMSTAG, 29. JANUAR 2000

Haus des evangelischen Kirchenkreises

Limperstr. 15

45657 Recklinghausen

Programm:

15.00 Eröffnung

Kölner Netzwerk „kein mensch ist illegal“

Referat: Die Lage der Flüchtlinge in Deutschland

15.30-17.30 Uhr Arbeitsgruppen

1. *Wie führe ich mein Asylverfahren ?*

Moderation: Stefan Urbach, Rechtsanwalt, Essen

Bülent Ulurak, Vors. Internationaler Freundschaftsverein, Recklinghausen

2. *Welche Rechte habe ich bei den Ämtern ?*

(Sozialamt, Arbeitsamt, Wohnungsamt)

Moderation: Monika Stern, Ökumenisches Arbeitslosenzentrum, Recklinghausen

Dorothea Heinze, SKF, Recklinghausen

3. *Was kann ich tun gegen drohende Abschiebung und Abschiebehaft ?*

Moderation: Frank Gockel, Verein *Hilfe für Menschen in Abschiebehaft*, Bülren

17.30-18.00 Uhr Gemeinsames Abendessen

18.00 Schlussplenum

19.00 Uhr Internationale Kulturveranstaltung

(Eintritt: 5,- DM)

Verantw.i.S.d.P.: B. Ulurak, Internationaler Freundschaftsverein (IFV)